

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 20, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Gruppenstraße 11, durch die Zeitungsvertriebe, durch die Zweigstellen, Spurengasse 14, durch die Postämter zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,45 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3143
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. Stättenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleihen, Annoncen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. Das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 20 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die letzte Kriegsschuld-Debatte?

Eine zweite Poincaré-Rede.

Paris, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Die am Montag gehaltene Rede Poincarés hatte vorwiegend innerpolitischen Charakter. Poincaré legte sich darin zunächst eingehend mit den Gegnern seiner Finanzpolitik auseinander, um erst am Schluss auf die außenpolitischen Probleme zu sprechen zu kommen. Ueber die Politik gegenüber Deutschland führte er aus: Keine Nation sei entscheidender dem Frieden zugewandt als Frankreich, dessen Regierung alles Menschensmögliche getan habe den letzten Krieg zu verhindern. Keine Nation sei durch den Krieg so schwer mitgenommen worden wie Frankreich, dessen reichste Provinzen zum Schlachtfeld der mobilisierten Völker geworden seien. Seit dem Abschluss des Friedensvertrages sei Frankreichs ausschließliches Bemühen darauf gerichtet gewesen, dessen Bestimmungen getreulich zu achten und über deren Innehaltung durch die anderen zu wachen. Frankreich, das wie keine andere Nation mit Eifer und Enthusiasmus zu dem Friedenswerk des Völkerbundes beigetragen habe, verlange nichts als die dauernde Erhaltung seines wiederhergestellten Territoriums und die regelmäßige Bezahlung der versprochenen Reparationen. Es habe sich niemals gewiegert, loyal mit Deutschland über alle Fragen, die eines der beiden Länder interessieren könnten, zu verhandeln. So berechtigt auch seine Beschwerden in der Vergangenheit gewesen sein mögen, so habe es doch niemals versucht, dem Gegner von gestern gegenüber eine Politik der Ränke und des Hasses zu verfolgen. Heute wie gestern sei Frankreich zu jedem Versuch einer Annäherung bereit unter der Bedingung, daß dieser mit seinen Verträgen und Bündnissen im Einklang steht, und daß die Verantwortung der kaiserlichen Regierung am Kriegsausbruch außer Zweifel lasse, und daß seine Aufrichtigkeit durch schlüssige und im voraus zu erbringende Beweise der moralischen und materiellen Entfaltung Deutschlands gerechtfertigt werde. Frankreich schulde es sich selbst und seinem Ansehen, schulde es vor allem dem durch einen vierjährigen Krieg zerrütteten Europa und allen Völkern der Welt, daß es alles in seinen Kräften Stehende tue um der Menschheit eine bessere Zukunft zu sichern. Frankreich werde sich dieser Verpflichtungen nicht entziehen, aber man werde andererseits sich nicht wundern dürfen, wenn es angesichts der Ungewißheit der Zukunft weder seine vertraglichen Rechte opfern, noch seine Wachsamkeit einschränken wolle.

Die Reden Poincarés werden bezeichnenderweise von der französischen Linkspresse als durchaus selbstverständliche Antworten auf Stresemanns, für den deutschen Agitationsgebrauch, berechnete Aufrollung der Kriegsschuldfrage in seiner Genfer Abschiedsrede betrachtet. Wer sie aufmerksam liest, (von der ersten Rede liegt uns inzwischen ein ganz ausführlicher Bericht vor) wird finden, daß alle Schärpen in den Worten selbst dieses alten Kriegspolitikers sich nur gegen das Deutschland der Vergangenheit richten und kein Wort gegen die praktischen Pläne Briands und Stresemanns zu neuer Zusammenarbeit gesagt wird. Wenn Stresemann es für notwendig hält, nicht nur freie Bahn für den deutschen Kolonialimperialismus, sondern auch Anerkennung der Unschuld der wilhelminischen Regierungen und Generalstäbler zu verlangen, mußte er auf dieses Echo gefaßt sein. Poincaré muß sich ja davon persönlich getroffen fühlen.

Im übrigen hält man eben zur Gewinnung der französischen Nationalisten für deutsch-französische Zusammenarbeit drüber ähnliche Phrasen für notwendig, wie sie die Volksparteier und Deutschnationalen auch zu gebrauchen pflegen, wenn sie sich zur Billigung von Dawes-Abkommen oder positiver Völkerbundspolitik bequemen, weil der Kapitalismus jetzt einmal vorübergehend Friedenskonjunktur braucht. Die deutschen Rechtsparteier haben im Dienst dieser Konjunktur schon manches geschluckt. Sie werden jetzt langsam auch die Einsicht in die politische Sinnlosigkeit der einseitigen Aufrollung der „Schuldfrage“ von 1914 gewinnen. Vorläufig läßt sich der Konjunkturpazifismus allerdings wohl noch am bequemsten hinter einigen groben Antworten an den neuen Freund verbergen...

Englische Parlamentsdebatte über den Bergarbeiterstreik.

Macdonald weist Baldwin Doppelspiel vor.
London, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Die kurze Parlamentsstimmung, welche für eine einmonatige Verlängerung des Ausnahmezustandes einberufen worden war, gestaltete sich dank der Initiative der Arbeiterpartei zu einem gewaltigen Angriff auf die Regierung Baldwin wegen ihres Verhaltens in der Kohlenkrise. Macdonald benutzte die Gelegenheit zu einer groß angelegten Rede, in der er die Regierung, auf das riesige und überaus belastende Material der letzten Wochen gelehrt, anklagte, in ihrem ganzen Verhalten im Kohlenkampf kein ehrliches Spiel mit den Bergarbeitern getrieben zu haben. Insbesondere verwies Macdonald auf das darin bestehende Doppelspiel, daß die Regierung den Bergarbeitern gegenüber den Eindruck erweckt hätte,

daß sie bei dem Zustandekommen einer nationalen Lohnregelung unterstützen, während die Regierung schon einen Monat vorher die Unternehmer habe wissen lassen, daß sie auf nationale Lohnverhandlungen kein Gewicht legt. Macdonald regte an, daß die Regierung das Gesetz über den Achtstundentag auf eine unbestimmte Zeitdauer suspendieren lasse, um ein Mittel in Händen zu haben, die Unternehmer zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Ein solcher Schritt würde den Kampf um zwei Monate verzögern. Macdonald schloß unter Anruhe auf der Regierungsbank mit dem Hinweis, daß kein wirklich ernstes Zeichen dafür vorhanden sei, daß die Bergarbeiter zu Kapitulieren gedächten und daß kein Anzeichen eines ersten Zusammenbruchs vorhanden sei. Der Rede Macdonalds war eine Rede Baldwin vorausgegangen, in welcher er sich darauf beschränkte, die Kohlenlage historisch zu überblicken, und die in ein Bekenntnis gipfelte, daß es der Regierung nicht gelungen sei, eine Schlichtung des Kohlentampes herbeizuführen.

Neben den parlamentarischen Verhandlungen ging eine Reihe von Besprechungen im Lager der Arbeiterpartei her, welche darauf ausgingen, den Bergarbeitern in ihrer gegenwärtigen schwierigen Lage alle mögliche Hilfe von der Gesamtarbeiterbewegung zu sichern. So beschloß die Fraktion der Labour-Party, nach einer Besprechung mit den Führern der Bergarbeiter, in der großen Kampagne der britischen Gewerkschaft zugunsten der Bergarbeiter alle ihre Mitglieder voll zur Verfügung zu stellen. Auf einen Beschluß der Fraktion der Arbeiterpartei ist es zurückzuführen, daß die Regierung gezwungen wurde, die parlamentarische Sitzung, welche lediglich zum Zwecke der Verlängerung des Ausnahmezustandes gedacht war und nur einen Tag dauern sollte, auf zwei und möglicherweise sogar drei Tage auszudehnen, um dem Parlament Gelegenheit zu geben, die Kohlenlage in voller Ausführlichkeit zu besprechen.

Polens ungelöster Regierungs-Konflikt.

Warschau, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag mittags hat Bartel nach einer längeren Besprechung mit seinen bisherigen Ministern dem Staatspräsidenten die Mitte des neuen Kabinetts unterbreitet, das mit dem bisherigen vollkommen identisch ist. Sogar die beiden Minister, denen das Mißtrauensvotum ausgesprochen wurde, sind nicht abgetreten. In den Kreisen der Sejmabgeordneten und zwar nicht nur der Rechten, über deren Meinung in Form des eingebrachten Mißtrauensvotum gegen den Innen- und Unterrichtsminister Pilsudski und der Staatspräsident sich einfach hinweggesetzt haben, herrscht über den Verlauf der Regierungskrise ungeheure Enttäuschung, die, wie man annimmt, in der wahrscheinlich am 30. d. Mts. stattfindenden Sejmung ihren Ausdruck in einer Wiederholung der Mißtrauensvoten finden wird. Die Regierungspresse, die eine solche Wendung voraussetzt, droht aber in diesem Fall mit der Auflösung des Sejm und des Senats.

Warschau, 28. September. (Eig. Funkenbericht.)

Die Vereidigung der neuen Regierung Bartel fand am Montag nachmittags durch den Staatspräsidenten statt. Ueber die Regierungskrise und deren Beilegung schreibt Genosse Kiedziałkowski im „Robotnik“: Das Vorgehen Bartels schwäche den polnischen Parlamentarismus und verringere die politische Verantwortung der Minister. Damit stelle sich Polen außerhalb der parlamentarischen Demokratie Europas.

Die Bevölkerungspolitische Tagung der „Arbeiterwohlfahrt“.

Ernstestellungen über Bevölkerungsprobleme und Schwangerenschutz.

Jena, 27. September. (Eigener Bericht.) Als der großherzogliche Polizeistaat einst den Sozialdemokraten Jenas die Säle abtreiben ließ, errichtete der große Philantrop und Wissenschaftler Ernst Rabe — mit August Bebel gut befreundet — als trotzigem Protest gegen die miederliche Bösartigkeit des Volkshauses mit der Bestimmung, es stets als Tagungsraum sämtlichen geistiger Strömungen zu öffnen, vor allem aber den Sozialisten. Drei Sozialdemokratische Parteitage glänzender Stil hat dieses Volkshaus darn gesehen und das erste geistige Ringen um Form und Inhalt der deutschen Arbeiterbewegung einer nun schon fast ganz verblissenen großen Generation miterlebt. Sonnabend und Sonntag war es der glücklich gewählte Tagungsort der bevölkerungspolitischen Debatten für Arbeiterwohlfahrt. Begrüßt von den roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen der Häuser der Arbeiterbewegung hielten an 350 Vertreter aus allen Teilen der deutschen Republik, Oesterreichs und der Tschechoslowakei Einzug in die von dem Pfandonnam-Abbes „Carl Zeiss“ beherrschte Stadt.

Am Freitag abend fand zunächst eine interne Sitzung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt statt. Die Sonnabend-Tagung wurde eröffnet durch die Genossin Juchacz, die zuerst dem viel zu früh verstorbenen Genossen Dr. Silberstein einen würdigen Nachruf widmete. Der erste Punkt der Tagesordnung „Sozialismus und Bevölkerungspolitik“ wurde von dem Genossen Dr. Quard-Frankfurt behandelt. Er ging davon aus, daß seit jeher enge Beziehung zwischen Bevölkerung und Wirtschaft bestanden habe, um dann darzulegen, wie jede Zeitepoche sich ihre eigenen Anschauungen über das Bevölkerungsproblem gebildet hat. Eine große Rolle spielt auch heute noch das Malthus'sche Gesetz, das besagt, daß die Bevölkerung stärker zunimmt, als es der Nahrungsmittelraum zuläßt. Mit dem Aufkommen des wissenschaftlichen Sozialismus wurde diese Erklärung immer unbefriedigender. Marx und Engels widerlegen in

ihren Werken gründlich diesen Standpunkt. In bürgerlichen Kreisen haben sich nur wenige Gelehrte gefunden, die ihre Arbeit dieser Frage widmeten und auf Grund wissenschaftlicher Durchdringung die alte Malthus'sche Lehre, die auch heute noch großen Einfluß ausübt, ablehnten. Unter ihnen sind besonders zu nennen Franz Oppenheimer, Mombert und Brentano. In sozialistischen Kreisen ist man zu einer Neuorientierung nach dem Kriege durch die Arbeiten des Berliner Hygienikers Genossen Grotjahn gekommen. Sein Standpunkt, daß die menschliche Fortpflanzung nicht mehr dem Zufall überlassen bleiben dürfe, sondern nach den vorhandenen Produktions- und Lebensmöglichkeiten geregelt werden müsse, kann für die Uebergangszeit zum Sozialismus anerkannt werden.

Neue Notstandsarbeiten des preussischen Staates angekündigt.

Amlich wird mitgeteilt: Das preussische Staatsministerium behandelte in seiner Sitzung am Montag die Inangriffnahme großer Notstandsarbeiten. Auf Grund von programmatischen Darlegungen der Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wurden insbesondere die schwebenden Wasserstraßenfragen, die Möglichkeiten rationaler Bodenverbesserungen, Kultivierungen und Flußregulierungen zur Verhütung von Hochwasserständen durchgearbeitet. Die beteiligten Ressorts (Handelsministerium, Landwirtschaftsministerium, Wohlfahrtsministerium) werden in gemeinsamer Arbeit mit dem Finanzminister in Kürze detaillierte preussische Vorschläge aus den genannten Arbeitsgebieten zusammenstellen, die der Reichsregierung zur Berücksichtigung bei der Ausführung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms vorgelegt werden sollen.

Der „Kronprinzen“-Sohn und die Reichswehr.

Berlin, 28. September. (Eigener Funkenbericht.) Der Kommandeur des Potsdamer Reichswehr-Regiments und mit ihm das folgende Reichswehrministerium bestritten die Meldung, daß der älteste Sohn des ehemaligen Kronprinzen in der Potsdamer Traditionskompanie des ersten Garderegiments zu Fuß ausgebildet werde und Dienst tue. Man suchte es so hinzustellen, als ob der kronprinzliche Sprössling in einem Hotel in Münsingen in Württemberg in der Sommerfrische gewohnt habe und daß zufällig dort die Herbstmanöver der Reichswehr stattgefunden hätten, für die der Hohenzollernsprach dann besonderes Interesse gezeigt habe. Mit Recht wird dagegen darauf hingewiesen, daß das Parkhotel in Münsingen das Hotel auf dem württembergischen Truppenübungsplatz ist, der in einer der rauhesten und trostlosesten Gegenden der „Rauhen Alp“ liegt, wohin sich kein Sommerfrischer aus Berlin oder Potsdam verirrt.

Darüber hinaus wird aber das Dementi Rügen gekraft durch die Mitteilung, daß der ehemalige Kronprinz selbst vor kurzer Zeit gegenüber mehreren Personen über die militärische Auszubildung seines Sohnes unter Angabe genauer Einzelheiten gesprochen hat. Genannt wird u. a. der Königsberger Univ.-Prof. Schreiber, der auf der Kölner Juristentagung weiteren Kreisen von seiner Unterhaltung mit dem Kronprinzen Kenntnis gegeben hat. Reichswehrministerium und Potsdamer Regimentskommandeur dementieren also auch kurzerhand die Behauptung des Kronprinzen, sein Sohn werde bei der Reichswehr ausgebildet.

Das deutsch-finnische Handelsabkommen wird von der Reichsregierung auf Grund der Ermächtigung durch den Handelspolitischen Ausschuss des Reichstags und durch den Reichsrat sowie im Einverständnis mit der finnischen Regierung ab 1. Oktober auf drei Monate vorläufig angewendet werden. Es bringt bekanntlich allgemeine Erhöhung der Butterzölle.

ihren Werken gründlich diesen Standpunkt. In bürgerlichen Kreisen haben sich nur wenige Gelehrte gefunden, die ihre Arbeit dieser Frage widmeten und auf Grund wissenschaftlicher Durchdringung die alte Malthus'sche Lehre, die auch heute noch großen Einfluß ausübt, ablehnten. Unter ihnen sind besonders zu nennen Franz Oppenheimer, Mombert und Brentano. In sozialistischen Kreisen ist man zu einer Neuorientierung nach dem Kriege durch die Arbeiten des Berliner Hygienikers Genossen Grotjahn gekommen. Sein Standpunkt, daß die menschliche Fortpflanzung nicht mehr dem Zufall überlassen bleiben dürfe, sondern nach den vorhandenen Produktions- und Lebensmöglichkeiten geregelt werden müsse, kann für die Uebergangszeit zum Sozialismus anerkannt werden.

Die österreichischen Parteigenossen sind an die Lösung der bevölkerungspolitischen Fragen am tatkräftigsten herangegangen. Sie verlangen in ihrem Programmentwurf die Errichtung öffentlicher Beratungsstellen, die zur Ausübung über gesundheitsschädliche Mittel zur Verhütung der Empfängnis dienen sollen. Die Abgabe dieser Mittel soll durch die Kantonalstaaten erfolgen. Die Unterbrechung der Schwangeren-schaft soll nicht durch Strafen, sondern durch sozialhygienische Maßnahmen verhindert werden. Zusammenfassend kann man also sagen, daß in den Schichten der Entwicklung von Marx bis zum österreichischen Programmentwurf ein weiter, aber sicherer Weg ist. Der Sozialismus ist die größte Befreiungsbewegung, die durch Umwandlung des Kapitalismus in die gemeinschaftliche Produktionsweise jeder an den ihm zukommenden Plätzen will. Dazu brauchen wir denkende Menschen. Infolgedessen dürfen wir Bevölkerungspolitik nicht quantitativ, sondern qualitativ treiben. (Beifall.)
Unmittelbar darauf folgte der zweite Vortrag über „Säuglings- und Muttertätigkeit“

hielt am Montag eine Sitzung ab. Zunächst kam eine Reihe von Schreiben zur Verlesung, aus denen hervorgeht, daß Bayern mit allen Mitteln die Arbeiten des Ausschusses zu sabotieren sucht. So hat der bayerische Minister des Innern es abgelehnt, dem Verlangen des Ausschusses zu entsprechen und ein für allemal die Berechnung zur Vernehmung bayerischer Beamten zu erteilen. Der bayerische Innenminister verlangt vielmehr für jeden einzelnen Fall eine Mitteilung, worüber der Beamte als Zeuge vernommen werden soll.

Der Ausschuss beschloß dann, am 5. Oktober in dem ehemaligen bayerischen Verkehrsministerium in München seine Untersuchungen zu beginnen. Ein Antrag der Kommunisten, sofort vom preussischen Untersuchungsausschuss die Protokolle über die Vernehmung des Zeugen Schmidt im Falle Kahle-Buchruder anzufordern, wurde mit 11 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Dann erstattete Abgeordneter Leo den Bericht über die bayerische Einwohnerwehr.

Die Wirtschaftsabteilung unter Oberleutnant Otto Braun hatte die Waffenbeschaffung unter sich; zu ihr gehörte die Gruppe Böhm-Neugert, der meistens Studenten und frühere Offiziere angehörten. Der Berichterstatter gab dann eine Darstellung der einzelnen Morde, die als Fremdenmorde anzupreisen sind. Das Dienstmädchen Marie Sandmeyer war am 6. Oktober 1920 im Forstrieder Park als Leiche aufgefunden worden. Am den Hals trug die Tote einen Strick, an dem sie an die Fundstelle geschleift worden war. Zu ihren Füßen lagte ein Plakat: „Du Schandweib hast ver-raten dein Vaterland; Dich hat gemordet die schwarze Hand!“ Der Berichterstatter zitiert Aussagen einzelner Zeugen, die in der Sache vernommen wurden, meist Studenten und ehemalige Offiziere. Alle Zeugen hätten dabei den Namen des Leutnants Schweichardt verschwiegen, der als Täter vermutet wurde. An der Tat müssen mehrere Personen beteiligt gewesen sein. Nur Schweichardt, der der Gruppe gefährlich werden konnte, war aus München verschwunden. Vom 19. bzw. 20. Oktober ab, befand er sich auf der Flucht und entkam schließlich nach Oesterreich. Ein Zeuge hat Angaben darüber gemacht, daß zwei Herren bei der Einwohnerwehr ein Automobil verlangt und erhalten hätten, weil sie angeblich im Auftrag der Landesleitung kamen. Am 16. November 1920 wurden in München telegraphisch 2000 Mark nach München an Leutnant Heinz abgeschickt, bei dem sich Schweichardt damals befand. Schweichardts Auslieferung wurde von der ungarischen Regierung verweigert. Der Berichterstatter erzählt dann noch die Tat, wie Schweichardt von der Münchener Polizei am 9. Oktober 1920, nach an demselben Tage, an dem er ihn beantragt hatte, durch Vermittlung des Polizeibeamten Glaser, einen Paß erhielt. Am nächsten Tage wurde Schweichardt am 12. Oktober 1921 in Pestin verhaftet, wo er sich als Janosch Schmidt aus Budapest auf Grund eines falschen PASSES ausgegeben hatte.

Der Berichterstatter verlas dann aus Gerichtsakten Einzelheiten über die Ermordung eines gewissen Hörnle — in Wahrheit Heinz von Langenheim, in der Nähe von Leoben durch Berthold, der in Begleitung des angeblichen Hörnle sich in Steiermark, gleichfalls unter falschem Namen, aufhielt. Die österreichischen Behörden behandelten die Sache als Raubmord. Das Motiv der Ermordung ist nach Ansicht des Berichterstatters auch hier gewesen, daß der angebliche Hörnle dem Bericht als Verräter bezeichnet worden war. Schweichardt hat einem Münchener Kaufmann, der ihn in einem Wiener Caféhause traf, erklärt, er sei wegen der Geschichte im Forstrieder Park flüchtig. Schweichardt ist später auf einem Gute des Herzogs Ludwig von Bayern untergebracht worden. Nach der Meinung eines Kriminalbeamten konnte man die Günst, deren sich Schweichardt beim Herzog erfreute, auch damit erklären, daß Schweichardt sich zu einem Exzessor an seinen Mitwissern, Freunden des Herzogs Ludwig, auszumachen drohte und daß der Herzog diesen Freunden mit der Unterstützung Schweichardts helfen wollte. Ein Oberregierungsrat im Justizministerium befandete, daß eine hochstehernde Persönlichkeit sich für ihn vor der verhafteten Almeier einsetzte, der im Besitz von Kenntnissen sei, die für die vaterländische Bewegung gefährlich seien. Der Rechtsanwalt Gademann habe gesagt, in der Forstrieder Morde habe man Gefahr, daß Mitglieder der früheren Regierung nach genannt würden und nach sich selbst und Böchner in die Untersuchung als Mittäter und Anstifter einzugehen und kompromittiert werden könnten. Oberleutnant Kriebel habe ausgesagt, er sei im wesentlichen über alles orientiert, er sei aber durch Ehrenwort gegenüber Eicherich gebunden, über gewisse Vorgänge zu schweigen. Aus einem Brief des stellvertretenden Landeshauptmanns der Einwohnerwehr, Kanzler, an den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Heim zitiert Dr. Leo den Passus: „Bei der Arbeit weiter die Sache 3. (Zusam), es gibt sonst einen Hüllenstall!“ — Am 1. März 1925 ist dann Anklage gegen Schweichardt und Genossen erhoben worden. Gleich darauf aber ist Schweichardt durch Gerichtsbeschluß außer Verfolgung gesetzt.

Damit war der mehr als zweifelhafte Bericht des Abg. Leo beendet. Der Ausschuss vertagte sich auf Dienstag, wo der Mitberichter Dr. Schäffer das Wort erhalten wird.

hisse, und während die Verlängerung des Schwangerschaftes für die erwerbstätigen Frauen, so kann einen großen Teil dieses Fortschritts der Textilarbeiterverband sich zuschreiben. Aus der Enquete des Textilarbeiterverbandes geht z. B. hervor, daß von 1100 Frauen und Mädchen, welche entbunden haben, nur 309 über normalen Verlauf der Entbindung berichten konnten, 801 Frauen und Mädchen, das sind 72,16 Prozent, hatten schwere Bedenken zu verzeichnen. Im Reichstag hat man sich sowohl im Plenum wie im Sozialen Ausschuss wiederholt mit dieser Enquete des Textilarbeiterverbandes beschäftigt. Bedauerlich ist, daß sich der Textilarbeiterverband gegen die Ausbeutung des Schwangerschaftes gewandt und ein Gutachten des Prof. Martin, Direktor der Provinzialhebammenanstalt in Elberfeld, veröffentlichte, in dem dieser Mann erklärte, daß die Arbeit der Schwangeren in der Textilindustrie nicht schwerer sei als die einer Hausfrau, ohne dabei in Betracht zu ziehen, daß die schwangeren Textilarbeiterinnen alle gleichzeitig Hausfrauen sind. Nach Ansicht Martins genügt die vorhandenen Bestimmungen für die schwangeren Textilarbeiterinnen vollaus, ein Gutachten, das die Arbeitgeber in der Textilindustrie beanlagte, sich in klaren Worten in der „Arbeitsgeber-Zeitung“ gegen die Erweiterung des Schwangerschaftes auszusprechen.

Moses erklärte schließlich: Gesundheitspolitik ist zu einem großen Teil Lohnpolitik und Wohnpolitik. Bei unzureichender Entlohnung der Arbeiterschaft, bei unzureichenden Ernährungsmöglichkeiten und vollständig ungenügenden Wohnungsverhältnissen ist jeder Versuch, eine vernünftige Gesundheits- und Bevölkerungspolitik zu treiben, von vornherein zum Scheitern verurteilt, einschließend aller Bemühungen, hygienische Volksbelehrung in die Massen zu bringen. Schwangerschaft und Fruchtbarkeit sind unverzichtliche Gegenstände und mit dem Weisen einer richtig verstandenen Gesundheits- und Bevölkerungspolitik unvereinbar. Wir verlangen eine Ausdehnung des Schwangerschaftes und müssen alle unsere Energie auf den einen Punkt konzentrieren, nämlich das größte Kapital eines Staates, den Menschen, zu erhalten, zu kräftigen und zu stärken.

Am Schluß seiner Ausführungen kam Moses auch auf die übrigen Berufe, in denen weibliche Arbeiterinnen beschäftigt sind, zu sprechen, auch auf die traurigen Verhältnisse in der Heimarbeit, und jagte zum Schluß: Je größer die Widerstände von Seiten der Wirtschaft gegen den Schutz der Schwangeren im Betrieb, umso mehr muß die Arbeiterschaft ihre Anstrengungen verdoppeln, verdreifachen, vervielfachen! Hier ist das ureigenste Tätigkeitsgebiet der Frau aus dem Proletariat! Darum soll auch von dieser Stelle aus der Ruf an die Frau des Proletariats gerichtet sein: hinein in die Organisation! Stärkt die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats! Das ist die notwendige Voraussetzung für die Arbeit zum Schutze der Schwangeren in den Betrieben! (Starker Beifall.)

Darauf spricht Gertrud Hanna über das gleiche Thema: Die Frauen stellen einen erheblichen Teil der Arbeitskräfte in Deutschland. In gewerblichen Betrieben dürften zirka 4 Millionen Frauen beschäftigt sein. Auch in Zukunft muß man mit umfangreicher Frauenarbeit rechnen, nicht nur, weil häufig die Männer erwerbslos sind, sondern weil auch der Reallohn gesunken ist. Darum müssen besondere Schutzmaßnahmen für Schwangere getroffen werden, weil die Schädigungen des Berufes sich auch auf das Kind ausdehnen. Der heutige Mutter-schutz ist unzureichend und belastet außerdem zum großen Teil die Arbeitnehmer. Angzuthun ist eine Mutter-schutzversicherung; denn mit dem Verbot der Frauenarbeit ist es nicht getan. Notwendig ist die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Neben den Bestrebungen zur Erleichterung der Arbeit durch Einrichtungen, wie Räume zum Ausruhen u. dergl., muß für den Ausbau der Gewerbeaufsicht gesorgt werden. Über allem aber steht die Sicherung des Existenzminimums, da sonst Gesetz und Verbote wirkungslos bleiben. Darum Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. (Beifall.)

In der Aussprache, die sich an die beiden Referate angeschlossen, kamen die verschiedenen Gesichtspunkte zur Darstellung. Insbesondere wurde das Vandalenproblem und die Gewerbeaufsicht behandelt. Gegenüber weitgehenden Forderungen erklärte schließlich Genossin Hanna im Schlußwort, daß man bei aller Energie des Schwangerschaftes auf die zu überwindenden Widerstände bedacht sein und überlegen müsse, wie weit man mit aktuellen Forderungen gehen darf.

Schießerei im besetzten Gebiet. In der Nacht zum Montag, gegen 2 Uhr morgens, schoß ein Angehöriger der französischen Besatzung in Gernersheim drei Personen mit seinem Revolver nieder. Vor einer Wirtschaft verlegte er zunächst den Schuhmacher Richard Holzmann durch eine Streifschuß schwer am Kopf. Zwei Freunde des Verletzten, Müller und Matthes, verfolgten den Täter, der sich in Zivil befand, um seine Festnahme zu veranlassen. Der Franzose — es ließ sich um einen Offizier handeln — drehte sich plötzlich um und gab nochmals mehrere Schüsse ab. Der 22 Jahre alte Emil Müller wurde sofort getötet, der Fußmann Joseph Matthes durch einen Kopfschuß so schwer verletzt, daß er seiner Verwundung erlag. Der französische Kommandant hat eine strenge Untersuchung zugezagt.

hinein geworfen. Dr. Kodel nach einem Manuskript Silbersteins. Die Entscheidung zur Stillgeburt hat die Auflösung der Familie herbeigeführt. Als Stillgeburt trat eine große Säuglingsmangelkrankheit auf. Ihre Bekämpfung gehört mit zu den vornehmsten Aufgaben der sozialen Fürsorge. In der Säuglingsgeschichte soll allemal der Arzt und die Gesundheitsfürsorge den bestimmenden Einfluß haben. Die gesamte Säuglingsfürsorge muß einheitlich aufeinander abgestimmt werden, damit nicht verschiedene Kräfte auf demselben Gebiet nebeneinander arbeiten. Das kann am besten durch Gesundheitsämter geschehen. Zur Herabdrückung der Säuglingssterblichkeit ist es notwendig, die soziale Hygiene von der Weisheits- und Armenpflege zu trennen. Das Sinken der Säuglingssterblichkeit, das wir gegenüber früheren Jahren zu verzeichnen haben, ist mit ein Erfolg des durch die Fürsorge erzielten Selbstkühlens der Mütter. Hieraus ist eine Erhöhung und Verlängerung auf 3 Monate dringend notwendig. Große Sorgen bereiten uns die unehelichen Mütter. Die Sterblichkeit ihrer Kinder ist höher als die der anderen Frauen. Die Ernährung von Säuglingen und Mütterhelmen ist hier anzuknüpfen. Unfreie allgemeine Krankenhäuser sind mit ihren großen Sälen ohne Muttermilch weder für gesunde noch für kranke Kinder geeignet. Ferner ist die Fabrikarbeit der schwangeren Frau für sie selbst und ihr Kind äußerst schädlich. Am besten ist ein Arbeitsverbot der werdenden und stillenden Mütter. In der Gegenwart ist der Mutterschutz auf mindestens 3 Monate auszu-dehnen und das volle Krankengeld zu zahlen. Entbindungsanstalten und Säuglingsheime zusammen sind neben einer guten Säuglingsfürsorge die besten Vorbeugungsmittel gegen die durch Lebensschwäche bedingte Säuglingssterblichkeit der ersten Lebensjahre und Wochen. Frühgeburten kann man nur in vorzüglich geleiteten und ausgestatteten Anstalten am Leben erhalten. Der Kapitalismus hat das Weib als Mutter am schwersten betroffen. Die Vögel und hebe, kraftlose Mütter und elende Kinder. Die Reaktion ist nicht auszubilden. Mit dem Erkennen der weltlichen Bewegung erkennt das Weib, daß es nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte hat. Ihr in diesem Weltbewusstsein zu helfen, muß unsere vornehmste Aufgabe sein. (Beifall.)

Die Diskussionsreferate trugen zu den einzelnen Ausführungen des Genossen Jadel wertvolle Ergänzungen vor. In seinem Schlußwort sagte Genosse Jadel die Gedankengänge der Aussprache noch einmal zusammen und betonte, daß außer vielen anderen Faktoren die Wohnungsfrage in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit eine sehr große Rolle spielt. Ueber den

„Schutz der Schwangeren im Betriebe“ referierte Genosse Dr. Moses. Er schloß die Rede mit der Aktion, die der Deutsche Textilarbeiterverband zugunsten seiner schwangeren Mitglieder in den Betrieben und Fabriken unternommen hat.

In der Textilindustrie sind zwei Drittel weibliche und nur ein Drittel männliche Arbeitskräfte beschäftigt, und von den weiblichen sind nach genauer Statistik des Textilarbeiterverbandes 37,3 Prozent verheiratete oder verheiratet gewesene Frauen. Um ein genaues Bild von den schweren Leiden der schwangeren Textilarbeiterinnen im Betriebe zu haben, wurde zunächst versucht, mit Hilfe von weiblichen Vertrauensleuten die Zahl der Schwangeren zu erfahren. Man kann sagen, daß heute in der Textilindustrie ungefähr 90.000 schwangere Frauen arbeiten. Nachdem man in einem bestimmten Bezirk — Crimmitschau i. Sa. — zunächst mit der Erfassung der Schwangeren begann, war man in der Lage, mit Hilfe der Vertrauensleute eine Versammlung schwangerer Frauen aus den Betrieben einzuberufen, in denen einmal der Arzt über die Einwirkung der Erwerbsarbeit auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und das Neugeborene referierte und andererseits wiederum in der darauffolgenden Diskussion die Schwangeren selbst ihre körperlichen und seelischen Leiden zu schildern begannen. Auf Grund einer genauen Umfrage mit Hilfe von Fragebogen, die von kundigen Fachärzten aufgestellt wurden, hat man dann wissenschaftlich einwandfreies und brauchbares Material bekommen, um auf Grund der Ergebnisse dieser Enquete und unter Zuhilfenahme von ärztlichen Gutachten an die Reichsregierung, den Reichstag und die Parlamente der einzelnen Länder heranzutreten mit den Forderungen: Verbot der Erwerbsarbeit der schwangeren Personen für die letzten drei Monate der Schwangerschaft; Beschränkung der Erwerbsarbeit schwangerer Personen im 5. und 6. Monat der Schwangerschaft und höchstens vier Stunden pro Tag, im 3. und 4. Monat der Schwangerschaft auf sechs Stunden pro Tag mit zweistündiger Pause; Vergütung des entgehenden Arbeitsverdienstes aus Mitteln des Staates oder einer zu schaffenden obligatorischen Kollektivversicherung. Als weitere Maßnahmen des Schwangerschaftes wurden vom Textilarbeiterverband gefordert: Schaffung von Sitzgelegenheiten, Einrichtung von Kantinen, Einrichtung von ärztlichen Sprechstunden für Schwangere in Großbetrieben u. a. m. Daß gerade in der Textilindustrie der Einfluß der Erwerbsarbeit auf Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Kind ein unheilvoller ist, namentlich, wenn die Arbeiterin noch bis zum 6., 7. oder gar 8. Monat in der Fabrik tätig ist, bedarf keiner weiteren Beweisführung. Nichtsdestoweniger hat auch nach dieser Richtung hin die Enquete des Textilarbeiterverbandes geradezu grauenerregende Zustände ergeben. Wenn im Reichstage im Sommer dieses Jahres das bisher gültige Wochenarbeitsgesetz jetzt schon, vor Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, zwei wesentliche Verbesserungen bringen konnte, einmal die Gewährung unentgeltlicher Hebammen-

Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair.)
Autorisierte Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.
58) (Nachdruck verboten.)

Das Gierzierlager hatte seine eigene Station, alle paar Stunden kamen vollgepropte Züge an, die ebenso vollgepropt wieder abfuhren. Jimmie wurde verständig, packte seine Sachen, meldete sich zum Appell und nahm seinen Platz ein. Am folgenden Tag mußte er sich im „Mobilisationslager“ aufhalten, das gleichfalls einer ungeheuren Stadt gleich, und vorstädtischer, militärischer Art zufolge „irgendwo in New-Jersey“ lag, obwohl auf hundert Meilen Entfernung alle den genauesten Ort kannten. Hier war für Kriegszwecke ein Hafen gebaut worden, mit Docks und Pieren, wo die Transportschiffe mit Proviant und Menschen beladen wurden. Die Schiffe segelten in großer Anzahl, flottenweise, und trugen dreißig bis vierzigtausend Menschen über den Ozean. Jede Woche verließ eine derartige Flotte den Hafen von New-York — dies war Amerikas Antwort auf den deutschen Angriff.

Hier traf man nicht bloß Soldaten an, sondern den ganzen Apparat des komplizierten Dienstes hinter der Front: Scharen von Holzladern aus dem fernsten Nordwesten, die Französischen Wälder fällen und zu Eisenbahnschwellen und Pfosten für die Schlingengräben verwandelt werden, Eisenbahnen, Bergwerke, Bauarbeiter, Ingenieure und Maschinenbauer, Brücken- und Straßenbauer, Chauffeure für vierzigtausend Automobile, Telephonisten, Schienenführer für fünftausend Lokomotiven, Wäcker und Köche, Soldaten und Schreiber, Farmer, um Frankreichs Felder zu bebauen, Ärzte und Pflegerinnen, um keine Verwundeten und Kranken zu pflegen, nichts, was Willen und Geschicklichkeit einer Hundertmillionen-Nation zu bieten hatte, sollte in diesem Lager. Hier waren Amerikas jüngste, begeisterte Söhne, voll Eifer bereit, ihr Teil zu tun. Verlorenes Land und Gefahren, beides vor Aufregung, Neugierde und Wut. Jimmie Higgins beobachtete sie, und seine Zweifel schmolzen wie Kerzen. Wie konnte ein Mensch diese zuge Jünglinge sehen, ohne mitzureden zu werden? Wie konnte er mit diesen lachenden, überheblichen Burtschen sein, ohne sich vor ihrer Stimmung erschrecken zu lassen?

Jimmie hatte eine trübe Kindheit hinter sich, er konnte kaum die Jugend seines Landes, diese übermütige, heitere, unbehagliche, ein wenig arrogante Jugend einer demokratischen Welt. Wenn es etwas gab, das diese Burtschen nicht kannten, so

mußten sie dies nicht, gab es etwas, das sie nicht zu tun vermochten, ihr Motto war: „Zeit es mir!“ Jimmie, der niemals eine Schule besucht hatte, fiel es schwer, den wilden Argot zu verstehen, dessen sich die anderen befleißigten. Wenn einem einer zuriief: „He, Klotz!“ so bedeutete dies nicht, daß er einen nicht leiden konnte, ebenso wenig wie der Gruß: „He, Süßester!“ eine übergroße Zuneigung bedeutete. Wenn ein Offizier als horigelottent bezeichnet wurde, verstand man darunter nicht, daß er in einer Temperatur von hundert Grad Celsius gekocht worden sei, sondern, daß er ein Snob war. „Gute Nacht“ am helllichten Tag gesagt, bedeutete, daß der Sprecher anderer Ansicht sei, als man selbst.

Und dies war häufig der Fall, wenn Jimmie Higgins verfuhrte, den Unterschied zwischen den deutschen herrschenden Klassen und dem deutschen Volk zu betonen. Derlei Feinheiten interessierten diese allwissenden Burtschen keineswegs. Bekannte Jimmie dennoch darauf, so wurde ihm mitgeteilt, er sei „eine Kuh“, ein armerlicher Klotz“, ein Kauder“, Hände flatterten über seinem Haupt, um anzudeuten, er habe „Hledermause im Lärm“. Jimmie ergab sich, lächelte den unverständlichen Bemerkungen und einem Lied, das preis mit großer Begeisterung gesungen wurde, und das erzählte, was sie im Frankreich tun würden.

Falt die alle Trompete, Jüngens, wir wollen ein anderes Lied, Singt es mit dem neuen Geist, der die Welt durchzieht. Singt es, wie es uns gefällt, zwei Millionen in Reich und Glück, — Während wir den Kaiser verhaun!

Refrain:
O Bill, o Bill, wir kommen mit Sturm und Braus!
O Bill, o Bill, du kommst uns nicht mehr aus!
Wir legen dich in Ewig ein nach alter Yankeeart —
Während wir den Kaiser verhaun!

Auf Frankreichs schimmernden Straßen wollen das Lied wir singen.
Hört, wie die „Lommies“ Hurra härsen, schaut, wie die „Boilus“ springen,
Märscher und Raimäden und Schützen ohne Fohes, —
Während wir den Kaiser verhaun!
Bringt von Belgien Kanonen über New-York herein,
Bringt von Boston Bohnen, vergesst ihr nicht das Schoten,
Bringt auch Sodawasser und zeitlich Rebenshaft,
Während wir den Kaiser verhaun!

Kommt, ihr Männer aus Digland, ihr Holzlerle aus Main,
Kommt, ihr Cowboys aus Texas, ihr Farmer vom fischen Land,
Von Florida bis Oregon ins eint ein Panteeband —
Während wir den Kaiser verhaun!

Nun wir uns ans Werk gemacht, wollen wir' auch vollenden,
Beschäftigt die Kaiser und Kön' ge all, die Welt sie soll sich wenden,
Frei die Bahn dem schlächten Mann, dem Mann wie ich und du, —
Während wir den Kaiser verhaun!

Zwanzigstes Kapitel.

Jimmie Higgins nimmt ein Bad.

Im Mobilisationslager wurde nicht lange verweilt; der Zug, der die Leute brachte, hatte Anschlag an das ausfahrende Schiff. Eine Nachzeit ward eingenommen, man übernachtete auch bisweilen noch im Lager, dann wurde zu den Docks marschiert. Auch von „hohem Trennungsschmerz“ war beim Auslaufen der Dampfer nicht viel zu merken; schluchzende Mütter und Schweftern fehlten, und die Damen der Kantine hatten bereits so vielen Tausenden Kaffee und Sandwich, Zigaretten und Schokolade gereicht, daß sie völlig das Weinen vergessen hatten. Das Ganze glied der Auswanderung einer Nation; es befand sich bereits ein so großer Teil Amerikas auf der anderen Seite, daß niemand Heimweh zu fürchten brauchte.

Jimmie ward zur Nachtzeit eingeschifft, Bogenlampen erhellten die lange Landungsbrücke. Soldaten stellten ihr Gewand nieder, standen lauernd, rauchend, singend umher, bereiteten sich auf Schlachten vor. Sie krümmten an Bord; lautlos, dunkel glitt das Schiff durch den Hafen und stach in See. Da man stets eines feindlichen U-Boots-Ueberfalles gewärtig sein mußte, war der Hafeneingang verbarricadiert, mit Minen besetzt, und bloß ein schmaler Spalt öffnete sich, um das Schiff durchzulassen.

Als der Morgen dämmerte, befand sich der Dampfer auf hoher See, schlängerte zwischen prächtigen, durchsichtigen grünen Wogen, und Jimmie Higgins verfuhrte, in seiner Koje liegend, das Schicksal, das ihn hergelockt hatte, das Ungeheuer des Militarismus, in dessen Pranken er sich wand.

Wohl verfügte die medizinische Heeresabteilung über ein Serum gegen Blattern und gegen Typhus, doch besaß sie keines gegen Scharlach, und die ersten vier Tage verlangte Jimmie schmerzhaft, ein U-Boot möge kommen und seinen Qualen ein Ende bereiten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Republikanerdebatte über den Einheitsstaat.

Die ergebnislose „Führer“-Tagung des Republikanischen Reichsbundes.

Wir haben bereits kurz einer Teil der „Führer“-Tagung des Republikanischen Reichsbundes berichtet, dessen bedeutendste Vortragspräsident Dr. Friedensburg hielt. Die weiteren Debatten haben wir hervor:

Überbürgermeister Dr. Luppe - Nürnberg sagte in seiner Vortragsansprache: Daß der Weg zum einheitlichen Deutschen Staat über die Zentralisierung Preußens nicht klar zulage. Die Entwicklung kann sich nur auf der Bewegung, daß die Zuständigkeiten des Reiches über die Länder in Preußen oder als Reichsländer im Reich liegen und daß nach auch Preußen im Reich aufgeführt werden. Ministerialdirektor Dr. Dr. Spieder: Die Grenzen zwischen einem vernünftigen Föderalismus, so führte er weiter, und einem gefundenen Unitarismus seien sehr flüchtig und ein Austausch zwischen beiden könne nur fürberühlig politische Zentralisierung bedeute keineswegs kulturelle Formierung. Die Erfahrung zeige, daß angesichts unserer politischen Notlage die kleinen Länder sich nicht mehr selbst verwalten können und darum Umkehrung oder gar Aufgehen in die Nachbarländer suchen müssen. Ein Fortschreiten auf dem Wege müßte das Reich in zwei ungleiche Teile spalten, einen der preußische mit einem starken Uebergewicht den anderen Teil, ärger als in Bismarcks Schöpfung, umklammern müßte oder aber das Reich erlösen oder zerbrechen würde. Politische Zentrale dürfe nur so wenig wie eben möglich Augenbeamtete besitzen und nur in ganz besonderen Fällen das Recht haben, in das Wollen und Wirken der Selbstverwaltungsorgane einzugreifen. Ihre Machtsbefugnisse hinsichtlich der Selbstverwaltung der einzelnen Bezirke müssen begrenzt sein und die der Zentrale gestellte Aufgabe, das Gesamtwohl des Reiches im Auge zu haben und zu sichern. Ihr Aufsichtsrecht über Selbstverwaltungsorgane wird sich daher in der Hauptsache auf beschränken müssen, daß die Selbstverwaltungsorgane die ihnen zugewiesenen staatlichen Aufgaben auch wirklich erfüllen. Selbstverwaltungsorgane dürfen nicht abhängig von der politischen Zentrale hinsichtlich der Art, in der sie ihnen obliegenden Aufgaben durchzuführen befreit sind, sondern ihr zu sicherndes Recht, Zusätze zu den nach wie vor dem Reich zu erhebenden Steuern zu machen, hinsichtlich der Höhe auch reichsweit gesetzlich geregelt werden kann. In solchen Fällen müsse ein unabhängiges Verwaltungsgericht zwischen den Selbstverwaltungsorganen, mögen sie Länder oder Reichsprövinzen heißen, entscheiden. Ein Verschlagenheitsverbot von durchgängiger organischer Neugliederung des Reiches wäre die schwerste Schädigung, die dem nationalen Einheitsstaat zugefügt werden könnte.

Reichstagsabgeordneter Genosse Hildenbrand, der seine württembergische Gesandte in Berlin, glaubte ebenfalls die Meinung widersprechen zu können, daß es 1918 möglich wäre, das einheitliche Reich zu errichten.

Die langwierigen Verhandlungen in der Nationalversammlung hätten jeden überzeugen müssen, wie groß damals die Schwierigkeiten gewesen wären, das Reich als Einheitsstaat zu errichten. Die Hoffnung, daß die deutschen Länder im Reichsrat ihren Antrag einbrächten, worin sie ihre Verwaltungsapparate zur Erfüllung der Reichsaufgaben dem Reich zur Verfügung stellen, wäre trügerisch. Der einfachste Weg wäre, daß Preußen sich bereit erklärte, entweder durch Personalunion in den leitenden Stellen oder durch Vertretung auf den gesetzgeberischen Teil seiner Souveränität dem Einheitsstaate die Wege zu ebnen. Aber mit dieser Möglichkeit dürfe man für die nächste Zeit kaum rechnen. Eine andere Möglichkeit eröffne der Artikel 18 der Verfassung. Er gebe den Ländern die Möglichkeit, sich einem anderen Einzelstaat anzuschließen. Bei den Ländern Mitteldeutschlands läge praktisch nur ein Anschluß an Preußen in Frage. Gerade dieser Anschluß sei aber bei den meisten nicht erwünscht. Die Abtötung in Schaumburg-Lippe zeige das deutlich. Vielleicht wäre auch eine solche territoriale Vergrößerung Preußens eher ein Hemmnis als eine Forderung für das einheitliche Reich. Der Redner glaube daher, für diese Länder einen anderen Weg empfehlen zu können. Der Artikel 18 der ursprünglichen in die Verfassung gekommen sei, um die Loslösung einzelner Provinzen von Preußen zu erleichtern, sei überholt. Rein Reich in Deutschland werde heute ernst genommen, wenn er den Artikel 18 in dieser Richtung vernichten wolle. Aber sein Wortlaut eröffne doch einen Weg: er erlaube Gebietsänderungen und Neubildungen zu, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert würden und ein überlegendes Reichsinteresse sie erhebe. Das Reichsinteresse erhebe die Befreiung nicht leistungsfähiger Werkstätten. Und wenn die Bevölkerung den Willen erzeige, nicht an ein anderes Land, sondern an das Reich, sei es als Provinz, sei es als Reichsland, angeschlossen zu werden, wäre damit der Wille des Gesetzgebers erfüllt. Es handelte sich also darum, die Form zu finden, in der das Reich die Verwaltung eines einzelnen Staates mit übernehme. Am Sonntag referierte Reichsminister a. D. Dr. Gothein über die verfassungspolitischen Wege zum deutschen Einheitsstaat. Er beschränkte sich auf die Spezialfrage der Wasser-

straßen, wobei er darauf hinwies, daß Bismarcks Versuch, dem Deutschen Reich in Reichsbahnen eigene Kartellkongesse zu geben, an der partikularistischen Eifersucht der Einzelstaaten gescheitert sei. Erst die Weimarer Verfassung habe die Reichsbahnen gebracht. Es ist aber ein unhaltbarer Zustand, daß das Reich die Kosten für die Wasserstraßen zu tragen hat, diese aber durch Behörden bzw. Beamten der Länder, auf die es keinen Einfluß hat, verausgabt werden. Es gibt aber nur den einen Weg: die ganze Wasserwirtschaft dem Reich zu übertragen.

Als erster Diskussionsredner tritt dann Staatsminister a. D. Kolffgang seine das Wort. Es gab die Möglichkeit, daß das Reich die Ländergewalten in ihrer Totalität übernommen hätte, aber das Resultat wäre gewesen, daß praktisch das Reich mehr preußisches Verwaltungsgebiet geworden wäre als Preußen Reichsgebiet. Unmöglich wäre es schon gewesen, eine einheitliche Reichsverwaltung sofort auf diesem Wege zu schaffen. Hatte doch der preußische Kultusminister schon große Schwierigkeiten, weil er nicht aengstlich Rücksicht auf die preußischen Provinzen nahm. An der Dezentralisierung dürfen wir nicht zu weit gehen; wir haben die Zentralgewalt schon ohnedies zu weit geschwächt. Die Gefahr ist etwa nicht die, daß von heute auf morgen die Republik abgeschafft und die Monarchie wieder hergestellt werden könnte, die Gefahr ist vielmehr die, daß die Republik eine Scheinrepublik wird, eine Republik der Beamten, des konservativen Klinkels und der Klüppel. Davor haben wir uns zu schützen, und dafür gibt es nur ein Mittel: Schafft eine dauernde republikanische Regierung im Reich!

Darauf nahm, mit lebhaftem Beifall begrüßt Reichsminister a. D. Dr. Wirth das Wort: Die einheitliche Reichsverwaltung Erzbergers, die uns nach Jahrhunderten zum ersten Male eine einheitliche Gebietsbildung auf diesem Gebiet gebracht hat, ist heute erneut in Gefahr. Gerade jetzt müssen die Republikaner, die zum einheitlichen Reich streben, darauf aufpassen, daß der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden im Laufe der Zeit eine solche Gestalt bekommt, daß die Idee der Einheit dabei nicht wieder zugrunde geht. Man kann es aber nicht so machen, wie es in den letzten Jahren mitunter übertriebenerweise geschehen ist, daß man den Städten jede Möglichkeit des Eigenlebens nimmt und sie auf steuerliche Quellen verweist, die auszuschöpfen der Republik gerade keine Freunde gewinnen wird. (Sehr richtig!) Unsere Reichstagen sind sinnlos auf die Dauer, wenn wir nicht gemeinsam die Dinge des Reiches und der Länder führen können. (Sehr richtig!) In Preußen ist es geschehen, und in meinem Heimatland Baden führen zurzeit ohne Demokraten, die jedoch morgen eintreten können, wenn sie wollen, die Republikaner seit 1918 die Geschäfte. Gewiß könnte man die badische Regierung krennen, wenn man z. B. die Schulfrage im Freiburgerkreise lösen wollte. Dann hätten wir auch dort eine reaktionäre Strömung. Wir müssen mit Händen und Füßen danach streben, die großen Verwaltungsapparate in die Hände der Republikaner zu legen. Dann müssen aber auch die Republikaner sich gegen eine allseitige Toleranz gewähren und voreinander wegen ihrer Ueberzeugung Hochachtung haben. (Beifall.) Wenn wir die Einigung nicht gewinnen können, dann bemühen wir uns nicht nur der Verwaltungsinstitute, sondern auch der Führung gewisser Volksteile — ich spreche hier von den deutschen Katholiken, denen ich angehöre — die reaktionäre. Was man verläumt, wenn man nicht verliert, sich gegenständig näher zu kommen, hat die Fürstenabfindung bewiesen. Die erste Schlacht des Volkenscheiters wurde verloren.

Die psychologischen Voraussetzungen für die Inangriffnahme neuer Probleme sind in diesem Augenblick nicht gegeben. Helfen wir jetzt gemeinsam, die Vertrauenskrise in der Rechtspflege, die vom ganzen Volk so tief empfunden wird, zu überwinden. (Sehr wahr!) Denken wir weiter an die Krise des Geisteslebens, die das ganze Universitätsleben zerreißt. Wir deutschen Republikaner müssen den felsen Willen aufbringen, zu erreichen, daß es für die deutsche Republik weder eine Verfassungskrise, noch für die Republikaner die Krise, sich nicht mehr zu verstehen, gibt. In diesem Sinne führen wir den Kampf weiter für ein Mindestprogramm der Forderungen der deutschen Republikaner. (Lebh. anhaltender Beifall und Handklatschen.)

Reichstagsabg. Scheide mann nahm die früheren Volksbeauftragten gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie es versäumt hätten, zur rechten Zeit die Reichseinheit zu schaffen. Es sei damals alles geschehen, was überhaupt möglich gewesen wäre. Das Ziel der Reichseinheit sei nur zu erreichen, wenn es gelinge, die Republik endlich in die Hände der Republikaner zu bekommen. Auf lange Zeit hinaus wird in Deutschland nur mit Koalitionsregierungen geredet werden können. Aber auch diese Regierungen müssen sich entschließen zur Aufstellung aller Saboteure der Republik!

Senatspräsident Dr. Großmann, mit lebhaftem Beifall begrüßt, forderte gleichfalls den Uebergang der Justiz auf das Reich und die Herbeiführung einer wahrhaft völkischen und verfassungsmäßigen Rechtspflege. Leider bestesse auch kein richtiges Vertrauen zum Reichsjustiz-

ministerium, dessen leitende Stellen durchweg mit ganz rechtsgerichteten Beamten besetzt seien. Die Rechtsarbeiten der Reichsjustizministeriums u. der seinen Zeit kein immer aus der politischen Zweckmäßigkeit und nicht vom Rechtsbewußtsein diktiert gewesen. Das Reichsjustizministerium ist der vertrauenswürdigste Schwester des Reichswehrministeriums.

Gegen einen Antrag, die Diskussion nunmehr zu schließen, wurde kein Widerspruch aus der Versammlung erhoben. In seinem Schlußwort betonte Oberbürgermeister Dr. Luppe, daß ihm das große Problem dafür noch nicht zeit genug zu sein scheint, um das Fazit der Tagung durch eine Resolution zu ziehen. Der Republikanische Reichsbund werde die erforderliche weitere Durcharbeitung des Problems mit den einwirkenden Ausschüssen übernehmen.

Die Tagung des Reichsbundes hat leider infolge der von uns vorher beanstandeten Nebenauswahl das behandelte Problem — die Herstellung einer festeren Reichseinheit — nicht gerade geklärt. Die gegensätzlichen Anschauungen sind unermittelt nebeneinander ausgesprochen worden; die Auflösung der historischen Einzelstaaten in wirtschaftliche Reichsprövinzen wurde neben der Erhaltung Preußens gefordert, während andere Stimmen wieder — den wirklichen Lösungsmöglichkeiten wohl am nächsten — Zusammenlegung wenigstens der Zwergstaaten mit benachbarten Bezirken Preußens und anderer größerer Staaten zu neuen, lebensfähigen Gebilden wünschten. Straffe Zentralisierung der Reichsfinanzverwaltung wurde mit guten Gründen gefordert, während andere Hauptredner die notwendige Dezentralisierung der Verwaltung auch auf eine dem schroff widersprechende Wiederherstellung des freien Zuschlagsrechts der Gemeinden ausdehnen wollten. Wir können nicht finden, daß das von Dr. Wirth geforderte und auch uns notwendig erscheinende Mindestprogramm republikanischer Zusammenarbeit auf solche Weise Fortschritte machen kann.

Auch die Frage der Koalitionsregierungen wird dadurch am wenigsten zu fördern sein, daß man aus großen Parteien gerade frühere Koalitionsminister zurückdrängen läßt, die in ihrer Amtszeit nicht eben die erfolgreichsten waren und übrigens im eigenen Lager nicht die Stimmung der Mehrheit vertreten. Trotz alledem können solche Tagungen nützlich sein, wenn sie anders aufgezoogen werden. Republikanische Begeisterung wird aber sinnlos, wenn sie nur dem Wort Republik gilt und jebermann sich von ihrem Ausbau ein anderes Bild macht!

Aus dem Reich.

Ueber die Aussprache zwischen den beiden preussischen Landtagsabgeordneten Dr. Leibig (D. Sp.) und Heß (Ztr.) über die Möglichkeiten einer etwaigen Umbildung der preussischen Regierung, wird satzungsmäßig mitgeteilt, daß über die Schwierigkeiten, die der Lösung im Sinne der Großen Koalition entgegen stehen, einmütige Auffassung bestanden habe. Nachdrücklich wird nochmals darauf hingewiesen, daß irgend ein Schritt von Seiten der Fraktionen nicht vorliegt. Diese treten zum ersten Mal am 1. Oktober zusammen.

Vorhof der Rechten gegen Friedensburg. Abgeordnete der Deutschen Volkspartei sowie auch der Deutschnationalen, haben im Preussischen Landtag zu den Enthüllungen des Polizeipräsidenten Dr. Friedensburg über die Verhaftung des Dr. Dietz wegen angeblichen Landesverrats, des indirekten Geheimrätes der preussischen Regierung über den Clay-Hugenberg-Putsch, keine Anfragen eingebracht. — Der Reichsjustizminister hat vom Oberreichsanwalt einen Bericht wegen der Verhaftung des Dr. Dietz und des früheren Zentrumspolitikers Dr. Goldmann, eingefordert.

Der frühere Landesbankrat von Braunshweig, Genosse Dr. Stöckel, der bei Regierungsantritt der Stahlhelmregierung sofort seines Amtes enthoben wurde, ist zum Direktor des Berliner Saphirgymnasiums gewählt worden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Nachrichten betreffend die Abkommen zwischen Litauen und dem Sowjetbunde erregen einen Teil der polnischen Presse. Man sieht die Beziehungen zu Moskau als gefährdet an, besonders durch die russische Stellungnahme zur Wilna-Frage.

Politikierung der italienischen Kinos. Der König von Italien hat ein von Mussolini vorgelegtes Dekret unterzeichnet, in dem angeordnet wird, daß alle italienischen Kinos verpflichtet sind, die von der faschistischen Produktions-Gemeinschaft „Luce“ hergestellten Propaganda-Filme zu spielen. Im Falle der Nichtbeachtung dieser Verordnung wird den Kinosbesthern die Entziehung der Lizenz angedroht.

Gendarm und Räuber vom Zug ersch.!

In der Slowakei hatte ein Gendarm einen Landwirt verhaftet und führte ihn ab. An einem Bahübergang riß sich der Festgenommene los und schlochte über die Schienen, vom Beamten verfolgt. In diesem Augenblick raste ein Schnellzug vorüber und erschafte den Räuber und seinen Verfolger. Beide waren sofort tot.

Eine Kirche in einem Hügel aufgefunden.

Ein merkwürdiger archäologischer Fund wurde in dem englischen Ort Wincchester gemacht. Tief in dem Innern des St. Katharinen-Hügels fand man nämlich eine alte Kirche begraben. Man vermutete schon lange einen Zusammenhang zwischen einer Kirche der hl. Katharina, die im 12. Jahrhundert sich an dem Ort befunden hatte, und dem Hügel. Ueber die Archäologen waren höchlich erstaunt, als sie zwischen den Wurzeln der Bäume, die den Hügel 100 Jahre hoch hatten und nun abgehauen wurden, plötzlich die Mauern eines alten Chorumganges entdeckten. Bei weiteren Grabungen ließ man auf vier große Bögen, die wohl einst den Turm der Kirche getragen haben. Dann wurden Teile der Mauer des Hauptschiffes und der beiden Querschiffe freigelegt, von denen jedes etwa 20 Fuß breit war. Die Kirche, die im spätnormannischen Stil erbaut war, ist etwa 180 Fuß lang gewesen. Wie die Kirche, die ein stattlicher Bau war und weithin sichtbar gewesen sein muß, in dem Hügel begraben wurde, ist noch ein Rätsel.

Gehaltsläge für Hochschullehrer in Sowjetrußland.

Das russische Volksbildungs-Kommissariat setzte für Hochschulprofessoren und Leiter wissenschaftlicher Institute einen Durchschnittslohn von 110 Rubel monatlich fest, für Hochschuldozenten und Assistenten 86 Rubel monatlich. Die Rektoren der Hochschulen erhalten monatlich 200 Rubel. Inseamt bewilligte das Kommissariat für das Studienjahr 1926/1927 rund 66 Millionen an Gehältern für Professoren, Dozenten und Assistenten.

Die Kiener Synagoge als Arbeiterklub.

Auf Antrag einer Arbeitergruppe hat die Kreisregierung von Kiew die Umwandlung der Synagoge in ein Klubhaus für Arbeiter angeordnet. Die Sowjetregierung der Ukraine hat den Beschluß bekräftigt.

Aus aller Welt.

Großer Autobrand in Berlin.

Am Montag abend nach Einbruch der Dunkelheit rannte in der Tiergartenstraße zu Berlin ein Autodroß, in voller Fahrt von hinten in ein großes Privatauto, das am Straßenrand parkierte. Der Zusammenstoß geschah mit solcher Wucht, daß der Wagen 12 Meter vorwärts geschleudert und auf den Fußgängerweg geschoben wurde. Der Benzintank des Privatwagens wurde stark beschädigt und 120 Liter Benzin liefen aus. Unachtsamerweise warf ein Vorübergehender seine brennende Zigarette auf den Fahrdamm. Sofort stand die Flammen in hellen Flammen. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit. Die beiden Chauffeure der zusammengestoßenen Wagen konnten sich retten. Die Automobile selbst brannten vollständig aus. Durch den Vorfall stante sich der gesamte außerordentlich starke Autodroß. Bald war ein drittes festes, modernes Automobil von dem brennenden Benzin erfaßt und sehr rasch war auch schon ein vierter Wagen bedroht. Inzwischen waren drei Löschzüge der Feuerwehr erschienen, die den außergewöhnlichen Brand mit einem Seltenschaumfeuerlöcher bekämpften. Die Schuld an dem folgenschweren Unfall trifft den Chauffeur der Autodroß.

Die Kosten der Berliner Polizei-Ausstellung

Belaufen sich auf rund eine halbe Million; für Propaganda-plakate im In- und Auslande sind bisher 100 000 Mark aufgewendet worden. Es wird mit einem täglichen Besuch der Ausstellung von 20 000 Personen gerechnet.

Die Opfer des Typhus.

In Hannover ist die Zahl der an Typhus Gestorbenen auf 133 angestiegen. Die Zahl der Kranken ist nahezu dieselbe geblieben, da 28 Entlassungen 33 Neuerkrankten gegenüberstehen.

Eine Drohung der Berliner Juwelendiebes?

Die beiden Berliner Juwelendiebes wurden bei ihrem Einbruch, vor allem bei der Ausräumung des Schaufensters, von zwei Kontoristinnen beobachtet. Die beiden Mädchen waren gestesgegenwärtig und mutig genug, sofort Alarm zu schlagen und den Diebstahl in das Kaufhaus des Westens nachzuweisen. Eine der beiden Mädchen, die in der Nähe des Tators beschäftigt ist, er-

hielt am Montag morgen eine Postkarte, die an die weitentlegene Wohnung ihrer Eltern adressiert war und auf der sich folgende Sätze befanden: „Durch Ihre Dazwischenreden haben Sie sich einer großen Gefahr ausgesetzt. Hüben Sie sich ein zweites Mal uns in den Weg zu treten. Wir waren nicht zwei, sondern drei! Die Täter.“ Die beiden Mädchen wollen sich daran erinnern, daß tatsächlich noch ein Mann vor dem Schaufenster des Juwelerslawens gestanden hat. Die Polizei rechnet allerdings auch damit, daß diese Karte, die den Poststempel Spandau trägt und mit Schreibmaschine geschrieben ist, von einem an dem Einbruch Unbeteiligten abgelesen worden ist. Einsteilen fehlt von den Diebstahl noch jede greifbare Spur.

Notzuchtversuch eines Hamburger Arztes.

Das Große Schöffengericht Hamburg verurteilte in einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung den 61-jährigen, in Hamburg praktizierenden Arzt Dr. A. Leopold wegen Vornahme unzüchtlicher Handlungen in zwei Fällen und verurteilter Notzucht in zwei Fällen zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Die Simplon-Bahn unterbrochen.

Infolge starker Ueberschwemmungen im oberen Rhonetal ist die Simplonbahn seit Sonntag abend um 9 Uhr zwischen St. Maurice und Evionnaz auf der Strecke Lausanne-Brieg vollkommen unterbrochen. Die direkten internationalen Züge werden von Lausanne über Bern und den Lötschberg umgeleitet. An der Unfallstelle hatten sich seit dem in der letzten Woche erfolgten Bruch der Gletscherpalke am Dent du Midi ungeheure Schlamm- und Schuttmassen aufgeschichtet, die sich am Sonntag mittag in Bewegung setzten und am Abend die Eisenbahnbrücke von St. Barthélemy vollkommen zerstörten.

Massenausträge aus jugoslawischen Gefängnissen.

Aus Agram wird uns geschrieben: Im Laufe der letzten vierzehn Tage sind aus den staatlichen Strafanstalten von Agram, Lepoglava und Gradista insgesamt 85 Häftlinge ausgetrieben. Bisher gelang es nur, vier der Häftlinge wieder festzunehmen. Die Sträflinge brachen immer in Gruppen zu fünf oder sechs Mann aus.



Persimmon 8 Pfg. Corps Diplomatique 10 Pfg.



Die tonangebenden Zigaretten mit echtem Strohmundstück
L. PRZEDECKI, Zigarettenfabrik „Sultan“, Breslau II. (Stammhaus gegr. 1860.) Berlin W. 8, Passage 45/46.

Am 26. September 1926 verschied infolge eines Unglücksfalles unser langjähriger

Kutscher Herr Karl Klepke.

Wir bedauern aufrichtig den unerwarteten Heimgang und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Breslau, den 27. September 1926.

Breslauer Eiswerke
Inhaber: Josef Mitterlechner.

Am 26. September verschied nach langem Leiden unser werter Sportsgenosse

Josef Lewandowsky

im Alter von 49 Jahren 8 Monaten.
Ehre seinem Andenken!
Arb.-Radl.-Verein Hartlieb-Krietern
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Klettendorf.

Am 26. September verschied nach langem, schwerem Leiden unser Kollege, der Kesselschmied

Josef Lewandowsky

Sein Andenken werden stets in Ehren halten
Die Kollegen der Krauz- u. Unterstützungskasse der Linke-Rofmann-Lauchhammer Werke, Abteilung Kesselschmiede.
Beerdigung: Donnerstag, 30. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Klettendorf.

Freitag, den 24. September, entschlief unser werter Kollege

Fritz Berndt.

Ein dauerndes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen des Betriebs 3 der L. H. L. Werke.
Beerdigung: Heute Dienstag, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Grüneiche.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Sonntag, den 26. September, nachmittags 5 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Metallarbeiter

Karl Klepke

im Alter von 39 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Bernhard-Friedhofes, Dürgoy.



URANIA

12 Monatshefte und 4 wertvolle Bücher vierteljährlich... nur 1.60 Mk. mit Ganzleinen-Buch 2.25 Mk. Probehefte und Prospekte gratis
Volkswachbuchhandlung
Breslau III, Neue Craupenstr. 5

Stadttheater

Dienstag 8 Uhr:
„Das Lied der Nacht“
Mittwoch, 8 Uhr:
„Abonn.-Vorstellung Serie B 3“
Samson u. Dalila
Donnerstag, 7 Uhr:
Vorstellung zu halben Preisen
„Der Freischütz“

Schauspielhaus.

Operettenbühne.
Tel. Stephan 37 460.
Täglich 8 Uhr:
„Lady Hamilton“
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Annemarie“

Lobe-Theater

Tel. Ring 6774
Dienstag, abds. 8 Uhr
„Weiß- und“ (Heber's Sonntag)
Mittwoch, abds. 8 Uhr
„Mensch und Liebermensch“

Thalia-Theater

Tel. Ring 6700
Dienstag, Mittwoch, abends 8 Uhr
„Der Raub der Sabinerinnen“

Liliputaner-Revue

Karl Napp und das große Eröffnungs-Programm.
Vollständige Eintrittspreise von 0.75 Mk. an.
Jeden Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Familien- und Kinder-Vorstellungen.
Das volle Programm zu ermäßigten Preisen!
Reichweite elegante
Frad - u. -Kunst
Herrn. Mohaupt
Kraupenstr. 1, L. Tel. R. 1301
rüber Albrechtstraße.

Druckerei Volkswacht
Kraupenstr. 2
Ferdinandstr. 4 1/2

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter

Susanna Dziuballe

sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichen Dank.
Breslau, den 26. September 1926.
Tautenzstr. 196.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Tägl. der spannende Sensationsfilm: Das Höllenschiff



Ferner die neue Verbindung
Pat und Tap
Theater * Dominikanerplatz

EMU
Dauerbrand-Ofen
Julius Sckeyde
Breslau 1+Oklauerstr. 21-23

Wichtig!

für Landleute, Brautleute, Beamte und alle privaten Möbelkäufer.

Im Monat Oktober und in den Schlusstage des Septbr. kommt im Volkswacht eine große Zusammenstellung von eingelagerten Möbeln von Wohnzimmern und solcher vom Lager vornehmster und einfachster Art zum Verkauf. Darunter befand sich Speisezimmer, Schlafzimm., Herrenzimmer, Säle, Vertikos, Sofas, Küchen und einige Büffets, 2 Kinos und Harmoniums und vieles andere. Preise sehr mäßig, z. B. ein Schlafzimm. kompl. 375 Mk., Küche 45 Mk., Sofa 35 Mk., Spiegel 25 Mk. usw. Kaufpreise werden nach dem Ermessen der Verkäufer, eventuell ohne Zulage, kreditiert.

Voranmeldung, Befähigung durch den Lagerhalter des Cisten Breslauer Möbel-Volkswachtes 11:32
R. W. Stache, Breslau, nur Berliner Straße 9.

Keine Ladensperren
108
Pelz- und Lederwaren
Sehr reich u. mannigfaltig für Herren u. Damen
Pelz-Korrekturen
Bestellungen
Mk. 25.00
Mk. 1.00
Mk. 1.50
Mk. 2.00
Mk. 2.50
5% Barzahlung
Lese- und Schreibzettel

Druckerei Volkswacht
Kraupenstr. 2
Ferdinandstr. 4 1/2

Du bist noch nicht im Bücherkreis



der eigene für Dich, Klassenbewusster Arbeiter, geschaffen wurde!

Du weißt noch nicht, daß Du für 1.- Mk. Monatsbeitrag jeden Monat eine feine Zeitschrift mit zwei bunten künstlerischen Bildern (als Wandschmuck) und jeden dritten Monat daneben ein prächtiges und sehr wertvolles Buch (das Dich als Arbeiter in erster Linie interessiert) erhältst.

Gehe sofort in Deine Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5, dort wirst Du in den Bücherkreis aufgenommen und erfährst noch andere interessante Dinge!

Abene aber nicht wieder!

Benutze die Buchkarte!

Für 50 Pl. wöchentlich kannst Du Dir geistige Schätze von unermesslichem Wert erwerben! Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5.

Täglich 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2 Uhr.
Gartenstraße 43.

Der große Erfolg nur noch bis Donnerstag!



Erwerbslose zur 1. Vorstellung halbe Preise!

Einige 100 sehr gute Wintermäntel

(zurückgesetzt) für Kinder, Backfisch, Frauen und starke Figuren werden abgegeben zu
10.00 15.00 20.00 Mk.
M. Berger Nachflg.
Damen-Mantel-Fabrik Oklauer Str. 80

Die Wilhelm Boese Ossi-BRESLAU
veranstaltet ihre

billigen Verkaufstage diesmal am
29. Sept. 30. Sept. 1. Okt. 2. Okt.

Nur soweit Vorrat reicht!
Zur Abgabe gelangen nur bekannt gute, reelle Waren zu ermäßigten Preisen.
Alles Nähere unsere Schaufenster / Auf Wunsch schriftliche Offerte

Zurück Nervenarzt

Dr. Prager
Oklauer-Ufer 7
12-1 3-5

Zurückgekehrt

Dr. W. Treitel
Frauenarzt
Neue Schweidnitzer Str. 2.

Pflege gesucht

für 8 Tage alten Knaben.
Angebot unter 11 Volks-wacht-Buchhandlung, Neue Talchenstraße 11.

Genossen

Genossinnen Eure Familien-anzeigen der Volkswacht

Pfänder-Auktion

Bitte verlängern bis 30. September.
Reichhaus Rickmann
4664 Matthiasstr. 113.

Leihweise Frad

Emsting u. Rod-Kugge
C. P. Häsel
Königsstraße 79, 1. Hötling-Ausgang

+ Reinigt das Blut

Sorgt für Verdauung durch Hennigson's mit Krutern verstärkten Birkenrinden-Tees
Fördert am besten den Stoffwechsel! Zu haben in allen Apotheken. Stets erhältlich in der Apotheke zur Hygiene Tautenzstr., Ecke Grünstr. Gosthe-Apotheke Mathiasstr. 13
Humboldt-Apotheke Höttingenstr. 7
Löwen-Apotheke am Sonnenplatz
Mohren-Apotheke am Bücherplatz
Neuschmarkt-Apotheke am Ring 4

Größe Auswahl in Mandolinen

Lauten, Gitarren, Geigen Sprechmaschinen von 22.- bis an
Schallplatten Mk. 0.50, 1, 2, 3, 4, 5
Saxophone
Schindler & Co.
Schmiedebühle 36/38
am Fischerbrunnen
Teilhaltungen.

Die Beleidigung

gegen Familie Ueha, Zulfenstraße Nr. 24, nehme ich nach höchstpersönlichem Vergleich zurück.
Ewald Links, Zulfenstr. 15.

Berläufe

15 Handwagen an Herr Lewin
Zulfenstr. 15

Stoffmesse

Meter 1.00 bis 3.00
Zulfenstr. 15
Meter 30 Pf.
Mato-Schürren
100 Paar, 100 cm, 2.30, 3.30, 3.50, 4.00, 5.00 u. 8.00
Wäschehüte, Dtd. 8-12 Pf.
Schneider, Händler nach Lippert, Heinrichstr. 16.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. September

Die Kommunisten und die Arbeitslosen.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Die Kommunisten bemühen sich krampfhaft, sich als die einzigen und wahren Vertreter der Arbeitslosen aufzuspielen. Die heutigen Zusammenstöße am Dienstag geben ihnen Anlaß, eine besondere Schimpf- und Verleumdungskampagne gegen die Sozialdemokratie und die „Volkswacht“ aufzuführen. Mit nicht überbietender Unwahrhaftigkeit und gewissenloser Demagogie versucht man, die Sozialdemokratie als die Schützerin der Polizei und Feindin der Arbeitslosen hinzustellen. Daß alle bisherigen Bemühungen zur Linderung der Not der Arbeitslosen und zur Behebung der Arbeitslosigkeit von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften kein Ausgang nahmen, ist zu bekannt, um von den Kommunisten der Welt geredet werden zu können. Immer und überall ist die Sozialdemokratie mit den Gewerkschaften ihre ganze Kraft eingesetzt, um das Los der Arbeitslosen leichter zu gestalten. Sie waren dabei nicht ganz erfolglos, wenn auch noch viel zu tun übrig bleibt. Auch gegenwärtig bemühen sich Partei und Gewerkschaften eine für die Arbeitslosen günstigere und gerechtere Unterfertigung zu schaffen und im Reich, in Ländern und Gemeinden, Regierungen und Behörden zur Beschaffung von Arbeit zu veranlassen. Von den Kommunisten kann man dagegen wahrhaftig nicht behaupten, daß sie mit Stetigkeit und Sachkunde für die Arbeitslosen eintreten oder die tatsächliche Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften unterstützen. In den Parlamentsausschüssen, wo am erfolgreichsten und wirkungsvollsten den Arbeitslosen geholfen werden kann, haben nicht selten die kommunistischen Vertreter, wenn Arbeitslosenfragen behandelt werden, gefehlt. Dagegen haben sie versucht, die Verhandlungsstimmung der Arbeitslosen zu Putsch, Versammlungs- und agitatorische Parteizwecke auszunützen. Ob dabei parlamentarische zugrunde gingen, ob die Arbeitslosen in Massen in die Gefängnisse gebracht, ob ihre Frauen und Kinder dem größten Elend und Gefährdung ausgesetzt wurden, das kümmerte sie nicht. Ja, es kann nicht bestritten werden, daß sie diese Zustände wünschten und bewußt herbeiführten, denn dann blühte ihr Weizen. Die Kommunisten werden weiter versuchen, Demonstrationen der Arbeitslosen so aufzuführen, daß nach menschlicher Voraussicht Zusammenstöße mit der Polizei unvermeidlich werden. Die Vertreter der Kommunisten haben ja bereits erklärt, daß sie größere Demonstrationen mit den Frauen (!) wiederholen und nicht danach fragen, ob das Betreten des Ringes genehmigt ist. Mit solchen un sinnigen Drohungen wird natürlich nicht das kleinste Stückchen Brot für die Arbeitslosen geschaffen. Im Gegenteil, man schmerzt so die Arbeit zugunsten der Arbeitslosen und gefährdet ihren Erfolg. Die Arbeitslosen würden selbst den besten Dienst leisten, wenn sie es ablehnen würden, an Demonstrationen teilzunehmen, die nicht von den Gewerkschaften inszeniert und durchgeführt werden. Ganz besonders die Frauen sollten sich nicht von unverantwortlichen Elementen zu politischen Wecken mißbrauchen lassen.

Der Sozialdemokratie wird von den Kommunisten unterzogen, sie bilde mit den Bürgerlichen eine Schutzfront für die Polizei und gegen die Arbeitslosen. Die Sozialdemokratie lehnt es ab, mit den Leuten gemeinsame Sache zu machen, die die Arbeitslosen in der Richtung nach dem Ring dirigieren, obwohl ihnen die Gefahren und Folgen ganz genau bekannt waren. Die Sozialdemokratie lehnt es auch ab, die Sache der Komwies, Provokateure und sonstigen zweifelhaften Elemente, die sich den Arbeitslosen aufdrängen und auch die berechtigten Forderungen der Arbeitslosen diskreditieren, zu verteidigen. Das überläßt sie den Kommunisten. Die Arbeitslosen in ihrer großen Mehrheit lehnen ganz bestimmt ab, in Breslau die Objekte zu Tumulten und blutigen Zusammenstößen mit der Polizei in den Händen von verantwortlicher Demagogen und sonstiger dunkler Existenzen zu bilden. Von 45 000 Arbeitslosen haben tatsächlich nur 2000 bis 3000 an der unglücklichen Demonstration teilgenommen. Von diesen 2-3000 waren noch keine drei hundert willens, einen blutigen Zusammenstoß mit der Polizei herbeizuführen. Die große Masse der Arbeitslosen hat viel mehr Neigung, einem solchen blutigen Zusammenstoß aus dem Wege zu gehen, wie ihn zu provozieren, sie wollen keine Tumulte, Unruhen und blutige Zusammenstöße, sie wollen Arbeit und Brot und soweit sie das wollen, ist das Recht auf ihrer Seite und die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind ihre tätigen Anwälte und die Förderer ihrer Interessen.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind auch nicht bereit, Übergriffe der Polizei gegenüber den Arbeitslosen gutzuheißen oder zu beschönigen. Sie glauben, daß auch unter der Polizei sich Elemente befinden, deren Handlungen provozierend wirken. Unser Verband hat selbst einen einmündigen Vertreter in den Ausschüssen erhalten, daß Polizeibeamte, besonders am Tage nach der Demonstration, sich schwerer Übergriffe schuldig gemacht haben. Der Polizeipräsident hat auf diese Ausschreitungen einzelner Polizeibeamter von Vertretern der Gewerkschaften aufmerksam gemacht worden und erklärt: „Ich habe davon gehört. Wenn Sie mir ein mündiges Unterlagen verschaffen, aus denen hervorgeht, daß einzelne Beamte sich haben Übergriffe zu Schulden kommen lassen, so werde ich gegen sie vorgehen.“ Wir ersuchen die diejenigen, die glauben, selbst Beschwerden gegen einzelne Polizeibeamte führen zu müssen oder die Bezeugen von Ausschreitungen durch Polizeibeamte waren, ihre Beschwerden und Anklagen selbst dem Polizeipräsidenten einzureichen, oder falls sie das nicht wollen, diese uns übermitteln. Wir haben das größte

Interesse daran, daß solche Polizeibeamte zur Rechenschaft gezogen werden.

Den Arbeitslosen können wir nur raten: Weist bei Demonstrationen keine Gefolgschaft, wenn nicht eure ihrer Verantwortlichkeit bewußten gewerkschaftlichen und politischen Organisationen dazu anfordern. Laßt euch nicht nach dem Ring dirigieren, weil die Gefahr blutiger Zusammenstöße, solange dieser als Bannmeile gilt, dabei fast unvermeidlich ist! Große und wirkungsvolle Demonstrationen können in Breslau auch außerhalb des Ringes stattfinden und wenn die gewerkschaftlichen Organisationen die Veranstalter dieser Demonstrationen sind, so werden nicht Tote, Verwundete und Aufregung bei den Arbeitslosen und auf der anderen Seite das Bemühen um Abwehr von noch mehr Schutzpolizei der Erfolg sein, sondern die maßgebenden Stellen werden solche erste, ruhige Demonstrationen als ernste Mahnung dafür auffassen müssen, daß sie mehr wie bisher den Arbeitslosen gegenüber eine soziale und sittliche Pflicht zu erfüllen haben, die darin besteht, ihnen Arbeit und Brot zu schaffen.

Arbeitslosenversammlungen, die der sogenannte Arbeitslosenrat einberufen hatte, fanden am Montag nachmittag statt. In einer besonderen Frauenversammlung sprach der Arbeitslosenrat „Kai“ Schorstein. Wenn wirklich einzelne Demonstranten am Dienstag sich ungebührlich gezeigt haben sollten, so hätte nach Schorsteins Ansicht der Gummiknüppel vollkommen ausgereicht, um die sich Vordrängenden zurückzuhalten. Angeblich will der Magistrat in diesem Winter anstelle der Kohle den Arbeitslosen das Geld dafür geben, womit sich die Versammelten einverstanden erklärten. Beschwerde wurde erhoben, daß in der Sternchanze oft Schutzbeamte Dienst tun, die nicht eine vernünftige Behandlung der Gewerkschaften verdienen und durch ungeschicktes Verhalten Konflikte fördern. Ausdrücklich wurde aber hervorgehoben, daß es sich hierbei nur um einzelne Beamte handelt. Schorstein zeigte wenigstens mit der Versicherung Selbstkenntnis, daß man solche Demonstrationen nach dem Ring in Zukunft nicht wiederholen wolle. Diese Einsicht kommt nur etwas spät, nachdem Blut schon vergossen ist!

Heut abend 7.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Versammlung sämtlicher parteigenössischer Beamten

- 1. Vortrag von Rechtsanwalt Dr. E. Eckstein über: „Die Justiz in der Republik“
2. Die kommende Reichswerbewoche für Partei und Presse.
3. Aussprache.

Es wird von allen Dienststellen guter Besuch erwartet. Jeder einzelne Genosse bringt noch einen Kollegen als Gast mit!

Eltern vom Strehleiner Tor und der Südvorstadt!

Die Errichtung einer Anfängerklasse (7. Klasse) der weltlichen Schule ist fast gesichert. Es fehlen nur noch etwa acht bis zehn Kinder, und diese dürften sich in den nächsten Tagen noch finden. Eltern! Meldet eure Kinder in der Sammelschule 3, Ofener Straße, an. Scheut nicht den einmaligen Weg, um euren Kindern eine gute Schule zu sichern. Seit der Errichtung der ersten weltlichen Schulen wurde geklagt, daß das Strehleiner Tor und die Südvorstadt benachteiligt sei. Jetzt ist die Gelegenheit geboten, Verjüngtes für diesen Stadtteil nachzuholen. Nützt diese Gelegenheit zum Wohle eurer Kinder aus!

Die Beerdigung von Frau Elisabeth Baste

Ist am Sonnabend nachmittag um 4 Uhr auf dem städtischen Friedhof an der Pilsener Chaussee erfolgt. Die Sektion der Leiche ergab, daß die Verstorbene durch drei Schüsse an Bein, Schenkel und Hals getroffen worden ist. Am Aufregung zu vermeiden, wählte man die Beerdigung bereits um 12 Uhr vorzunehmen, die Polizei war um diese Zeit auch bereits zur Stelle, doch die Mutter erwirkte, daß die Beerdigung auf 4 Uhr verschoben wurde, um den Mittrauernden die Gelegenheit zu geben, an der Beerdigung teilzunehmen. Um vier Uhr waren einige hundert Personen zugegen. Die Feier verlief würdig, ohne Zwischenfall.

Die gekrönte öffentliche Versammlung unserer Partei, die sich mit der Todesstrafe beschäftigte, war gut besucht. Neben der Ausführenden der Referentin, die sich mit der Todesstrafe im neuen Entwurf zum Strafgesetzbuch beschäftigte, berichten wir ausführlich morgen. Eine Entschließung gegen die Todesstrafe fand einstimmige Annahme.

Kindergarten und Krippe in Gräbichen.

Um einem dringenden Wünsche der Gräbichener Bevölkerung, besonders der Siedlung, entgegenzukommen, hat das Städtische Jugendamt auf dem Gelände Gräbichener Straße 194 Räume für einen Kindergarten und eine Krippe zur Verfügung gestellt. Während die Krippe bereits ihren Betrieb aufgenommen hat, wird der Kindergarten am 1. Oktober eröffnet. In beiden Einrichtungen bieten die hellen, gesunden Räume und ein schöner Garten volle Gewähr für eine gute Unterbringung der Kinder. Anmeldungen für den Kindergarten und nähere Auskunft täglich von 8 bis 5 Uhr bei der Leiterin.

Die Krippe ist von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr geöffnet; die Aufnahme erfolgt während dieser Zeit ebenfalls durch die leitende Schwester.

Rußlandvortrag.

Heute, abends 8 1/2 Uhr, spricht Genosse Walter Ludwig in der Aula der Benderschule vor den Jungsozialisten, der Arbeiterjugend und den Eltern der Kinderfreunde. Junge Parteigenossen sind auch eingeladen.

Thema: „Kind und Jugend in Rußland“. Parteimitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Genosse Dr. Max Adler-Wien.

Der bekannte marxistische Soziologe, wird am 9. und 10. Oktober hier in Breslau über „Geschichtsauffassung des Marxismus“, „Jugendbewegung und Klassenkampf“ und „Völkerverbund oder Internationale“ sprechen. Die Veranstaltungen finden in gleicher Folge beim Arbeiterbildungs-Ausschuß, den Jungsozialisten und in der marxistischen Arbeitervereinsleitung statt. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, damit jeder Funktionär die Gelegenheit nütze für diese Vorträge eines Meisters der theoretischen Darstellung zu werden.

Blumenschmuckwettbewerb 1926.

Das Gewerkschaftshaus erhält den ersten Preis.

Die Beteiligung an dem diesjährigen Blumenschmuckwettbewerb des Verkehrsvereins Breslau zeigte wieder eine Zunahme gegenüber dem vorigen Jahre. Aber leider nicht nach mancher, der gute Aussicht auf einen Preis hat, der Bewerbungen. Die Ausgestaltung der Balkons war fast durchweg eine recht gute, trotz des unglücklichen Wetters. Auch viele besonders hervorragende Einzelleistungen konnten festgestellt und mit entsprechenden Preisen bedacht werden. Esfreulich ist, daß die Balkons der minderbemittelten Kreise oft besonders gut geputzt sind. Im allgemeinen mülte der Blumenschmuck in Breslau noch erheblich zunehmen. Das gilt namentlich für die Verkehrsvereine. Breslau wird in dieser Beziehung von mancher anderen Verkehrsstadt übertroffen. Der Preisauschuß hat im ganzen 35 erste, 54 zweite und 74 dritte Preise verteilt. Die ersten und zweiten Preise bestanden aus Gewächsen und Blumen, die zum Teil von der Gärtnerei Zentrale Schlessen geliefert worden sind. Als dritter Preis wird das Buch von Gartendirektor Danneberg über: Zimmer- und Balkonpflanzen verabsichtigt. Die Preisträger sind folgende:

Erste Preise: Neugebauer, Oblander 10, Valentin, Kürstnerstraße 22, Reichel, Viktoriastraße 122, Gluchke, Rogauer Straße 14, Schöne, Güterbergstraße 41, Kubisch, Lohstraße 101, Kasper, Dantestraße 6, Weiner, Kantstraße 53, Lebedev, Webersstraße 18, Wittke, Höfchenstraße 69, Gomliak, Höfchenplatz 4, Kopp, Charlottenstraße 11, Boehlich, Dpitzstraße 23, Reich, Dpitzstraße 28, Mathis, Schwerinstraße 29, Danisch, Dpitzstraße 29, Markmann, Dpitzstraße 44 IV, Raun, Reddigerplatz 2, Löw, Herderstraße 6, Schiller, Herderstraße 30, Joll, Viktoriastraße 70, Bentzner, Gabitzstraße 197, Philipp, Krosenstraße 9, Seidel, Bunzlauer Straße 9, Dupke, Altenstraße 87, Stark, Frankfurter Straße 50, Kubing, Adalbertstraße 35, Tetschke, Adalbertstraße 63, Uermann, Schleiermacherstraße 33, Zawidski, Gneisenaustraße 3, Groß, Kleinfeldstraße 11, Züttner, Frieckenstraße 33, Wegener, Pfaffenstraße 5, Tietze, Pfaffenstraße 5, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.

Zweite Preise: Schulz, Viktoriastraße 107, Böhl, Andriestrasse 15, Gräfin Rayerling, Eidenborffstr. 65, Stöcker, Neudorfstraße 99, Schäfer, Altenburgstraße 19, Förster, Auguststraße 186, Weister, Rohrauer Straße 31, Kanter, Lohstraße 50, Anders, Auguststraße 142, Tille, Auguststraße 138, Raschke, Gallestraße 13, Franke, Lehnstraße 12, Langner, Taubengartenstraße 180, Haymann, Kantstraße 25, König, Webersstraße 7, Reiche, Kantstraße 27, Hoffmann, Klosterstraße 129, Kitzke, Höfchenstraße 97, Leipziger, Höfchenplatz 5, Leupelt, Dpitzstraße 26, Weich, Dpitzstraße 25, Waldeck, Gräbichener Straße 239a, Kühn, Hohenstraße 43, Wtthoff, Hohenstraße 47/49, Schäfer, Hohenstraße 151, Worm, Herderstraße 9, Wolf, Herderstraße 15, Burck, Herderstraße 24, Held, Gabitzstraße 181, Böhl, Altenstraße 11, Bedmann, Altenstraße 87, Klose, Eidenborffstr. 41, Lanne, Friedrich-Karl-Straße 32, Fouas, Altenstraße 87, Hauske, Adalbertstraße 56, Czogollo, Adlerstraße 5, Reider, Matthiasplatz 4, Claassen, Claassen'sches Siedchenhaus, Trebnitzer Straße 25/27, Esch, Klönig, Klönigthaler Straße 3, Tillsch, Kleinfeldstraße 22, Floegel, Kleinfeldstraße 22, Pinstake, Michaelisstraße 18, Kunz, Tiergartenstraße 43, Rath, Tiergartenstraße 44, Köhlmann, Pfaffenstraße 25, Cheret, Breitestraße 1, Lewy, Ring 39/40, Ehrlich, Eidenborffstraße 46, Leuschner, Paulstraße 14, Brodel, Michaelisstraße 21, Kutsche, Michaelisstraße 21, Büchler, Matthiasplatz 20, Greling, Matthiasstraße 188, Deilig, Friedrich-Eberl-Straße 12.

Dritte Preise: Goez, Claassenstraße 7, Reibig, Blücherplatz 7/8, Nowak, Taubengartenstraße 38, Tschöpe, Webersstraße 22, Schade, Feldstraße 58, Weber, Obdauer Straße 28, May, Tiergartenstraße 7, Feischer, Pfaffenstraße 25, Laubst, Tiergartenstraße 46, Michaelis, Brühlstraße 45, Greyer, Auenstraße 23, Grzimek, Tiergartenstraße 51, Ehrentraut, Adalbertstraße 62, Scholz, Schleiermacherstraße 28, Reithold, Matthiasstraße 47, Treutler, Kreuzburger Straße 3, Schmidt, Kreuzburger Straße 26, Zick, Roskopfsstraße 4, Kluge, Rosenstraße 2, Jakob, Trebnitzer Straße 84, Reich, Bendorffplatz 12, Hoffmann, Klönigthaler Straße 61, Deuthaus, Schickwerderplatz 20, Rudolph, Kleinfeldstraße 5, Lange, Kleinfeldstraße 10, Wäber, Kleinfeldstraße 29, Karawitsche, Mehlgasse 25, Langner, Gallestraße 11, Kühne, Schraigasse 9/11, Juratschek, Altenstraße 58, Bradl, Dejaner Straße 9, Reich, Frankfurter Straße 64, Weber, Pöpelwitzstraße 39, Dumpte, Frankfurter Straße 50, Grabowicz, Frankfurter Straße 64, Falke, Leutenstraße 50, Bochane, Zehnerstraße 19, Böhe, Höfchenstraße 69, Himmelfarb, Charlottenstraße 24, Rajzel, Dpitzstraße 6, Gerlach, Dpitzstraße 27, Rüdiger, Dpitzstraße 51, Hr, Gräbichener Straße 75, Mann, Gräbichener Straße 48, Grimeis, Sendtstraße 11, Raibach, Hohenstraße 24, Frey, Hohenstraße 69, Baum, Schwerinstraße 39, Sijler, Schwerinstraße 20, Markmann, Dpitzstraße 44 III, Müller, Reddigerstraße 19, Michling, Herderstraße 15, Besock, Viktoriastraße 49, Mähel, Viktoriastraße 59, Seifert, Viktoriastraße 66, Körwien, Voßringer Straße 7, Ludwig, Voßringer Straße Nr. 11, Regner, Gabitzstraße 74, Brincker, Frobenstraße 7, Busch, Herdstraße 41, Ehlers, Minchau, Gottschalkstr. 3, Alke, Steinstraße 82, Müller, Hubenstraße 3b, Maslach, Lehmgrabenstraße 38, Neugebauer, Taubengartenstraße 180, Gröbbaum, Reichspräsidentenplatz 6, Geyer, Eidenborffstraße 14, Bronny, Auguststraße 67, Kühn, Auguststraße 186, Reichenstein, Tiergartenstraße 36, Stark, Trebnitzer Straße Nr. 68, Heberschär, Kleinfeldstraße 7, Kopp, Hermannstr. 16, Ruge, Drabiziusstraße 12, Hante, Klönigstraße 32.

12 Zentner Jungaale zur Neubevölkerung der Oder.

Die Fischerei und Wirtschaftsgenossenschaft von Rattwik bis Auras hat sich zum Ziel gesetzt, neben einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung der Oder für reichliche Zuführung von Jungfischen zu sorgen. Die Auslese fand unter Aufsicht des Herrn Oberfischmeisters Dr. Genetrich statt. Durch das Auslesen von Jungfischen soll der Fischbestand wieder auf die Höhe gebracht werden, der Fischbestand der Oder ist sehr zurückgegangen, erstens durch die Flußregulierung, wodurch die Stände- und Laichplätze beseitigt wurden, zweitens durch die Verunreinigung der Industrieabwässer. Die Genossenschaft hat am 21. und 22. September in der Oder zwölf Zentner Jungaale in der Länge von durchschnittlich 25 bis 35 Zentimeter ausgelesen. Auf ein Pfund ungefähr 30 Stück, das ist eine Gesamtzahl von 35 000 bis 40 000 Stück.

Die Sparbüchse ist der Anfang!

Gewöhnen Sie Ihr Kind zur Sparsamkeit und legen Sie ihm ein Konto auf der Sparkasse an. Es wird Ihnen dafür dankbar sein, denn:

Früh gewohnt, alt getan!

Städtische Sparkasse zu Breslau.

Seht eure Anzeigen der Volkswacht.

Ein gefährlicher Gauner

produzierte sich am Sonntag vermittels gegen 50 W. (?) Eintritt...

Dieer „Ausfluchtungsvertrag“, sowie der aus dem Verkauf...

Es war ein blutiger Mann, der dieser Mann am Schluss seines reichlich langen Vortrages dem...

Die Versammelten glaubten seinen Worten und erhoben sich...

Aus dem Vortrag selbst sei noch einiges hervorzuheben. Herr...

Die Kleinrentner und betrogenen Sparer werden an Herrn...

Ein Spionage-Prozess

Der 1. Sitzsitz des Oberlandesgerichts Breslau verurteilte...

* Silberhochzeit feierte dieser Tage der Bauarbeiter Gustav...

* Das Lob der Autoren. Die Autoren der im Schauspielhaus...

* Ein grauenhafter Fund. Am 25. September, mittags 12 Uhr...

* Beim Abspinnen verunglückt. Gestern abend, gegen 11 1/2 Uhr...

Wasserstand

Table with 2 columns: Station, Water level. Includes Ralswiek, Riesa, etc.

Bereinstafelender

Deutscher Selbstschutzbund. Mittwoch, den 29. September...

Tägliches Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieger bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Da das Zentrum der Störung 48 B noch immer unverändert...

Beste Wetternachrichten.

Table with columns: Datum, Temperatur, Wetter, Wind, Niederschlag. Lists various locations like Krieger, Schneetoppe, etc.

Breslauer Produktbörse.

Tägliche amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktbörse...

Table with columns: Getreide, Deliaanten. Lists prices for wheat, rye, etc.

Speisefarbkaffee, rot und weißer 2.60. Fabrik-Kaffee für das Projekt: Stärkegehalt 0.10.

Table with columns: Weizen, Roggen, Auszugmehl. Lists prices for flour and grain.

Arbeiter-Sport

Statistik der Turnerinnen-Fußballspiele vom 26. September.

Table with columns: Abteilung, Spiele, Gewonnen, Verloren, Punkte. Shows football match results.

Die minimalen Unterschiede bei den ersten Mannschaften...

Arbeiter-Kartei für Sport und Körperpflege. Montag, 8. Oktober...

Freie Turnerschaft, 5. Abteilung, Freitag, den 1. Oktober...

Freie Turnerschaft, 3. Frauen- und 5. Männer-Abteilung...

Als Abschluss der Leichtathletikturnen findet am 3. Oktober...

Wohnung, Kauten für Frauenturnerinnen! Vom 3. bis 5. Oktober...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36. Includes logo and contact info.

Betriebsvereinsversammlung des S. S. E. und S. S. E. Mitglieder...

Abteilung Ohlauer Tor. Donnerstag, den 30. September...

Freiwerkschaftliches Jugendkartell. Die Funktionäre der Jugendabteilungen...

Metallarbeiter-Jugend. Deut. 7 1/2 Uhr im Galeriezimmer...

Maler-Jugend. Mittwoch kommen alle Malerlehrlinge...

Kartellvorkand. Mittwoch, 7 Uhr: Sitzung. Es darf niemand...

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Funktionäre. Heute abend 1/8 Uhr...

Chor. Donnerstag abend findet unser Chor im Heiligen...

Das Buch! Messen Seele aus des Tages Einzel hinausgeschleift...

Städtevereinslauf im Runkturnen Berlin-Breslau. Die freie Turnerschaft...

Alle Männerabteilungen werden umgehend zwei Ordner...

Konzerte - Theater - Vergnügungen. Stadttheater. Heute Dienstag, 8 Uhr...

Die erste musikalische Morgenveranstaltung findet am kommenden Sonntag...

Freizeit-Theater. Heute abend wird „Weißend“ wiederholt...

Im Monat Oktober werden im Freizeit-Theater zwei bedeutende...

Freizeit-Theater. Heute und täglich bis einschließlich Freitag...

Freizeit-Theater. Heute und täglich bis einschließlich Freitag...

Volkommenstes Hautpflegemittel CREME MOUSON Gegen rauhe, spröde Haut

Gewerkschaftsbewegung.

Fachistische Schandmaßnahmen gegen freie Gewerkschaften.

Organisierte Landarbeiter werden von Haus und Hof vertrieben. Gegenüber der brutalen Gewalt der Fachisten ist im allgemeinen für den Moment die wortlose Unterwerfung die zweckentsprechendste Taktik. So haben sich Zehntausende von Arbeitern der Gewerkschaftsvereine bei den fachistischen Gewerkschaften unterworfen. Aber es wäre ein großer Fehler, wenn man glauben wolle, daß das, was unter dem Zwang der Erpressung geschah, ihre Heberzeugung von der Notwendigkeit des sozialistischen Kampfes beeinträchtigt hätte. Das wird in den Jahren sichtbar, wo der bewusste Widerstand gegen den fachistischen Terror in Erscheinung tritt. Wenn dieser Widerstand auch im Augenblick praktisch ausbleibt, so wirkt er doch wie ein helles Licht in der Dunkelheit der Empörung der Arbeiterklasse in Italien, das weit über die Grenzen des Landes hinaus Zeugnis ablegt von der wahren Lage und den wahren Gefühlen des italienischen Proletariats.

Wie überall in Italien, haben die Fachisten auch in Molinella mit allen Mitteln des Terrors den Austritt aus den freien Gewerkschaften und den Eintritt in die fachistischen Gewerkschaften zu erzwingen versucht. In ihrem Zirkulare vom 27. Juni hieß es wörtlich: „Kein Arbeiter wird zur Arbeit zugelassen werden, wenn er nicht die Mitgliedskarte der fachistischen Gewerkschaft besitzt.“

Als diese Drohung mit der Hungerpein nicht nützte und die Arbeiterklasse von Molinella ihrer Gewerkschaft treu blieb, ließ der Präsiel von Bologna die freie Gewerkschaft, der 539 Arbeiter und 461 Arbeiterinnen angehörten, einfach auf. Aber auch durch diesen Gewaltakt wurde die Arbeiterklasse in Molinella nicht gebeugt. Und so erkennen die Fachisten ein neues, das grausamste Mittel der Verfolgung. Mehr als 200 Familien der Landarbeiter in Molinella, die ihren Gewerkschaften treu geblieben, sollen von Haus und Hof vertrieben werden. Die „Rückführung“ ist schon erfolgt und am 29. September — dem Tag, mit dem die Jahresmiete dort beginnt — soll die gewaltsame Delegation durch die Fachisten vorgenommen werden. Die Besitzer der Häuser wurden von den Fachisten gezwungen, die Rückführung auszusprechen, obwohl es sich zum Teil um Familien handelt, die viele Jahrzehnte in der gleichen Wohnung gewohnt hatten. Der Vorwand der Fachisten ist, daß man Platz schaffen müsse für Arbeiter, die den fachistischen Gewerkschaften angehören.

Eine Drohung der Noheit und Gemeinheit ist für den 29. September in Molinella geplant. Die Vertriebung der Arbeiterfamilien aus ihren Wohnstätten soll zu einer großen Schaustellung der Macht des Fachismus werden und von dem berechtigten Fachistenhaupte Augusto Regazzini importierten Lohnrückzahlungen zum Bewußtsein bringen, welches Schicksal ihrer harzt, wenn sie sich nicht vollständig als willenslose Sklaven verhalten.

Die Massenvertriebung der Arbeiterfamilien, die wegen ihrer Treue zur Gewerkschaft stattfindet, wird den Proletariats aller Länder, die in diesem September das 25jährige Bestehen des Internationalen Gewerkschaftsbundes feiern, zum Bewußtsein bringen, welcher Feind ihrer Lebensinteressen ihnen im Fachismus gegenübersteht.

Die österreichischen Telegraphenangestellten vor dem Streik.

Wien, 28. September. (Eig. Funkbericht.) Das Ultimatum, das die Technische Union, die Organisation der Telegraphenangestellten, der Regierung überreicht hat, ist am Montag abend abgelaufen. Die Regierung hat aber bisher noch nicht geantwortet. Der Vollzugsausschuß der Technischen Union hat daher beschlossen, daß am 4. Oktober mit dem Streik in den telegraphischen Betrieben einzufachen ist, falls bis dahin keine Einigung in der Frage der Kostenausgleichs und der Nebengebühren zustande gekommen ist. Da bis zum 5. Oktober auch der 25er Ausschuß der Staatsangestellten von der Regierung Vorschläge für die Verhandlungen über die Neuverteilung der Beamtengelder verlangt hat, wird am 4. und 5. Oktober die kritische Zeit sein, in der die Entscheidung fällt, ob es in Oesterreich zum Kampf zwischen Staatsbeamten und Regierung kommt.

Schiedspruch im Bankgewerbe.

Die Verhandlungen, die am Montag im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung des Tarifkonflikts im Bankgewerbe stattfanden, endeten in später Abendstunden mit einem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, wonach die Gehälter im Bankgewerbe bis zum Ablauf des Tarifvertrages unverändert bleiben sollen. Dem Reichsverband der Bankleitungen wird empfohlen, den Angestellten Ende Dezember ein halbes Monatsgehalt zu zahlen, dafür aber von Januar 1927 ab zur Ultimozahlung überzugehen. Die Arbeitszeit soll unverändert bleiben.

Streik der Hamburger Hafnarbeiter in Sicht.

Hamburg, 28. September. (Eig. Funkbericht.) Nachdem sich am Sonntag eine Versammlung der Hamburger Hafnarbeiter gegen den Spruch der Schlichterkammer ausgesprochen hatte, fand am Montag eine Urabstimmung der organisierten Hafnarbeiter statt, als deren Ergebnisse heute morgen bekannt wird, daß 1196 für Annahme und 4042 für Ablehnung des Schiedspruches abgegeben wurden. Damit ist die erforderliche Dreierdrittelmehrheit für einen Streikbeschluss erheblich überschritten. Wenn nicht in letzter Stunde die Parteien von Regierungseite an den Verhandlungen teilgenommen werden, so ist für den kommenden Freitag mit der Arbeitseinstellung in Hamburger Hafen zu rechnen.

Zur Stilllegung der Donnersmarchhütte.

Die Stellungnahme der Angestellten und der Verrat durch die Werksverwaltung. Die angekündigte Stilllegung des Hochofenbetriebs der Donnersmarchhütte veranlaßte den Angestelltenrat, eine Betriebsversammlung einzuberufen, die sehr zahlreich besucht war. Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen sprachen sich gegen die Absicht der Verwaltung aus, deren Durchführung nicht notwendig und nur neues Elend über Hindenburg bringen würde.

Besonders scharf wurde der Umstand gerügt, daß die Verwaltung der nunmehr vereinigten Hüttenwerke die Stilllegung beantragt hat, bevor der von Reich und Staat eingesehene Treuhänder in Wirklichkeit treten kann. Bekanntlich müßten die Hüttenwerke sich die Stellung eines solchen mit gewissen Rechten gefallen lassen, um ihren Millionenkredit zu erhalten. Der Treuhänder würde die Möglichkeit haben, die Stilllegung zu verhindern, allerdings erst nach dem 1. Oktober, da kein Amt erst von diesem Tage ab wirksam ist.

Mit großem Brutalität habe es die Werksverwaltung verstanden, gerade nach die letzte Minute vor diesem Termin zur Stilllegung zu benutzen, so daß wiederum eine Vergrößerung der Erwerbslosigkeit in Hindenburg eintreten soll.

Die Angestellten sind der Ansicht, daß die Stilllegung nicht notwendig ist, weil der Hochofenbetrieb der Donnersmarchhütte durchaus rentabel ist und mit der Juliushütte in Konkurrenz treten kann.

Die Stimmung der Versammlung fand in folgender einstimmig gefaßten Resolution ihren Niederschlag: „Die heute fast vollständig verkammerten Angestellten der Donnersmarchhütte verlangen, daß der letzte Hochofen nicht stillgelegt wird, weil seine Unrentabilität nicht nachgewiesen ist und die Kredite der Regierung nicht gegeben waren, um Stilllegungen durchzuführen, sondern um die Not der Arbeitslosigkeit vom obersten Klassenstand abzuwenden. Die Angestellten haben geschlossen hinter dem Angestelltenrat und den anerkannten Spitzenorganisationen der Gewerkschaften. Sie erwarten von ihnen alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Stilllegung zu verhindern und den Betrieb aufrechtzuerhalten.“

Eine öffentliche Heimobahnbeamten-Versammlung in Brodau.

am 26. September hatte, trotz aller Schikanen der verwaltungstreuen Organisationen, einen ansehnlichen Besuch. Der Oberleitungsleiter Herrmann aus Würzburg konnte, gestützt auf jahrzehntelangen praktischen Dienst und Gewerkschaftszugehörigkeit als Sachmann den Kampf der Heimobahnbeamten um Gleichstellung mit den Reichsbeamten behandeln. In fast zweistündigem Referat behandelte der Redner die Maßnahmen der Reichsbahn-Hauptverwaltung und die Stellungnahme der verschiedenen Organisationen. Durch treffende und unüberlegbare Tatsachen schärfte er die beamtenfeindliche Einstellung der reinen Beamtenorganisationen mit ihren Schutzmasken „Berufsbeamtenklub“ und „Traditionelles Berufsbeamtentum“. Rechts sind nur Schlagworte. Gerade der Zentralgewerkschaftsbund deutscher Heimobahnbeamten und Anwärter hat durch die Tat bewiesen, daß er zu 90 Prozent die Interessen der Verwaltung zu vertreten habe. Kein anderer als der Führer Weg hat am 16. und 17. Juni 1924 wörtlich ausgesprochen: „Unsere Rechtsbelange sind so, daß sie zum größten Teil mit denen der Regierung und Verwaltung konform gehen. Wir haben zu 90 Prozent gemeinsame Interessen mit Verwaltung und Regierung. Wir dürfen uns zu der Regierung nicht als Kampforganisation einstellen, sondern als solche, die gewillt ist, mit den Parteien und der Regierung zusammenzuarbeiten.“ Derselbe Führer der F. G. d. H. habe beim Bezirksbeamtenrat Altona erklärt: Die Forderungen des Einheitsverbandes sind Unfug. Er selbst habe sich bei der Hauptversammlung überzeugt, daß noch zuviel Personal vorhanden sei. Keine Organisation und keine Personalvertretung dürfe sich deshalb gegen

den Aufbau wenden. Rechtslos sei von den Stützen des „Traditionellen Berufsbeamtentums“ der F. G. d. H. zu sagen, nach außen sei die Stellung der reinen Beamtenorganisationen zu den Anwärtern. Diese gehörten ohne Ausnahme in die Tarifgewerkschaften, weil sie dem Reichsbahnvertrag unterstellt sind. Das hindere aber diese reinen Beamtenorganisationen nicht, die Rechte einzuziehen und die Arbeit anderen zu überlassen. Eine Sonderliste von der F. G. d. H. sei der Führer der Tarifgewerkschaft der Fahrbeamten, Home. Dieser habe sich an den Präsidenten der Reichsbahndirektionen Halle und Erfurt gewandt mit dem Verlangen, daß ihm (Home) bekannt sei, daß die Reichsbahn-Hauptverwaltung Wert darauf lege, ihre Beamtenliste möglichst zu entkernalisieren. In diesem Zweck sehe er einen guten Weg darin, wenn man zwei seiner Mitglieder (Post und Meier) als Fahrmeister ernennen würde, nur so hätten diese beiden Gelegenheit, den Radikalismus zu bekämpfen. Ebenso habe kein anderer als der Reichsbahndirektionspräsident Roser, Frankfurt a. M., beteuert, daß alle Eisenbahner-Organisationen, mit Ausnahme des Einheitsverbandes, im besten Einvernehmen mit der Verwaltung ständen und volles Verständnis für die Verhältnisse der Verwaltung hätten. Nur der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands habe in jeder Beziehung die Interessen des gesamten Personals wahrgenommen im Gegensatz zu denen, die heute mit allen Mitteln, selbst den verwerflichsten, versuchen, den Auszug der Beamtenräte wahlunangunstigen des Einheitsverbandes zu gestalten. Reicher Weise lobte den Redner und zeigte, daß die Beamten nunmehr wissen, was sie von den reinen Beamtenorganisationen zu halten haben. In der Diskussion verhandelten Vertreter der gegnerischen Organisationen die Forderung zu wahren, wurden aber im Schlußwort vom Referenten noch einmal gründlich belehrt.

Wirtschaft.

Die Organisation der kommunalen Finanzwirtschaft in Deutschland.

(Schluß.)

Bei der Einheitsanleihe sind die Vorteile der Sammelanleihe in noch höherem Grade vorhanden; für ihre Sicherheit haften ja die Gesamtheit der deutschen zur Organisation gehörigen Kommunen mit ihrem Vermögen und ihrer Steuerkraft. Die Sammel- und Einheitsanleihen mit ihren unlegaren technischen und wirtschaftlichen Vorzügen zeigen, als Typ des einheitlichen Kommunalpapieres der Zukunft, eine so weitgehende, nur durch die enge Verbindung mit der Kommunalwirtschaft mögliche Anpassung an die Bedürfnisse der Kommunalfinanz und eine solche Verbilligung des Kredits, daß sie in jeder Richtung als ein außerordentlich erfreulicher Fortschritt begrüßt und gefördert werden müssen.

Vom Standpunkt der Kommunen bedeutet die Schaffung der Sammel- und Einheitsanleihe eine außerordentliche Verbesserung ihrer finanziellen Lage, von der in erster Linie die mittleren und kleineren Kommunalverbände den Nutzen ziehen. Sie können leichter und billiger langfristigen Kredit erhalten. Schon diese praktische Erwägung, dann aber auch der Umstand, daß die Girozentralen den Selbsthilfebestrebungen der Kommunen ihre Entschiedenheit und Entwicklung verdanken, berechtigen zu der Forderung, daß die Kommunen sich nun auch ihrerseits der neuen Anleihebewegung weitgehend bedienen. In dieser Hinsicht müßten folgende Grundsätze gelten:

Die Führung in Anleihefortschritt kommt der Giroorganisation zu. Mindestens muß die zuständige Girozentrale bei jeder kommunalen Einzelanleihe im Konsortium vertreten sein. Sammelanleihen und Einheitsanleihen sind in erster Linie für die Finanzbedürfnisse der kleineren und mittleren Kommunen geschaffen. Diese Kommunalverbände sollten daher grundsätzlich von Einzelanleihen Abstand nehmen, zumindest aber sich vorher mit der zuständigen Girozentrale wegen der Ausfichten, aus einer Sammelanleihe befreit zu werden, in Verbindung setzen. Als Emissionsstellen für Sammelanleihen kommen lediglich Girozentralen und Landesbanken in Betracht. In jedem Falle sollten private Vermittler beim kommunalen Kreditgeschäft grundsätzlich ausgeschlossen werden. Diese Forderung erscheint nach den Erfahrungen der letzten Jahre, namentlich im kommunalen Auslandskredit, besonders begründet.

Die Girozentralen sind das gegebene Konsortium für Kommunalanleihen. Gegenüber jeder anderen Konsortialgruppe besitzt die Sparfassen- und Giroorganisation den großen Vorteil, daß sie in den Sparfassen und örtlichen kommunalen Banken (Stadt- und Kreisbanken) ein so umfangreiches und gut unterhaltenes Netzwerk besitzt wie sonst keine Bankengruppe. Die Sparfassen usw. sind sowohl selbst Abnehmer der Kommunalanleihen zu eigenen Anlagezwecken, als auch die besten Vermittlungsstellen für den Verkauf der Anleihen an interessierte Mittelstands- und Kleintendtschaft. Das einheitliche Kommunalanleihepapier in Form der Sammel- und Einheitsanleihe ist natürlich für die Sparfassen und ihre Kundenschaft besonders geeignet.

Der Kommunalcredit ist in den letzten zwei Jahren wiederholt scharf kritisiert worden und mußte sich auch die Unterlegung starker Fesseln gefallen lassen. Vor allem wurde gegen die Kommunen der Vorwurf unwirtschaftlicher Anleihegebarung erhoben, und es gehörte eine zeitlang gewillig, ob Auslands- oder Inlandsanleihen, schwere Bedenken, und nur solche, zu äußern. Auch hier war die Kritik sehr häufig durch Tatsachentunde nicht bezeugt. Wenn vor Jahresfrist und noch früher die deutschen Kommunen in größerem Umfang um langfristige Auslandskredite sich bemühten, und wenn sie dann auch den inländischen Anleihemarkt, sobald er wieder zu funktionieren begann, in scheinbar erheblichem Maße beanspruchten, so taten sie es deswegen, weil sie auf diese Möglichkeiten der langfristigen Kreditbeschaffung ausschließlich angewiesen waren, und weil sie Jahre hindurch überhaupt keinen langfristigen Kredit hatten erhalten können. Es war daher natürlich, daß der seit langem aufgelaufene dringliche Kreditbedarf jeden gangbaren Weg benutzte, der sich ihm zur Verfügung bot. Der kommunale Kredit zur Verfügung. Man verfiel auf Seiten der Kritiker aber häufig in den Fehler, die kommunale Wirtschaft als schlechthin unproduktiv anzusehen und zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft Unterschiede zu konstruieren, die nicht bestanden. Die werden den Anlagen der Kommunen sind nicht nur privatwirtschaftlich produktiv, indem sie Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Anleihe herauswirtschaften, sondern sie sind auch volkswirtschaftlich produktiv, wenn die Anleihehülle zur Verbesserung und Rationalisierung der Betriebe verwendet werden und dadurch Erparnisse ermöglichen, die letzten Endes in der Form von Steuer- und Tarifermäßigungen oder wenigstens in der Vermeidung von Steuer- und Tarifserhöhungen der Allgemeinheit zugute kommen. Ein grundsätzlicher Unterschied in bezug auf Produktivität kann jedenfalls zwischen öffentlichen und privaten Betrieben nicht gemacht werden, zumal im allgemeinen die Bürokratisierung der Privatbetriebe so weit fortgeschritten ist, daß zwischen ihr und der öffentlichen Bürokratie höchstens noch ein gradueller Unterschied besteht. Die Kommunen wehren sich mit Recht dagegen, unter eine Art Ausnahmestellung gestellt zu werden, und glauben mindestens ebensolche volkswirtschaftliche Einflüsse und Verantwortungsgefühl auch durch die Tat beweisen zu können, wie private Wirtschaftskreise.

Zum Schluß: Man kann die Anleihepolitik nicht von der Steuerpolitik trennen. Wer eine gesunde Anleihepolitik unserer Kommunen fordert, der muß auch ihre finanzielle Selbstständigkeit, eine nach diesem Ziel orientierte Neuordnung des Finanzausgleichs verlangen. Je mehr finanzielle Selbstverwaltung und Selbstverantwortung auf der Kommunen steht, desto gründlicher, um so gründlicher und auf weiserer Sicht wird auch ihre Anleihepolitik sein!

Die Verhandlungen über das internationale Eisenkartell.

Paris, 28. September. (Eig. Funkbericht.)

Wie die „Journal Industriel“ aus Luxemburg zu melden weiß, zeige man in den Kreisen der luxemburgischen und deutschen Schwerindustrie sich bereit, der belgischen Forderung auf Erhöhung des Kontingents nachzugeben, wenn auch unter bestimmten Bedingungen. Außerdem wolle man die Bestimmungen über Prämien und Konventionstrafen abändern. In den nächsten Tagen werde voraussichtlich eine neue Zusammenkunft der Vertreter der Schwerindustrie in Paris stattfinden. Man beabsichtigt, wenn irgend möglich, den internationalen Eisenkartellbund noch vor dem 1. Oktober unter Dach und Fach zu bringen und hoffe, daß das angefangene der Belgien gemachten Zugeständnisse tatsächlich gelingen werde.

Der Verbrauch an zollfreiem Gefrierfleisch.

Ist im zweiten Vierteljahr 1926, wie im ganzen Reich, so auch in den 51 preussischen Gemeinden, aus denen Berichte vorliegen, sehr stark heruntergegangen. Die Ursachen dafür liegen in der Kontingenterungspolitik des Reiches. Die Einfuhr an gefrorenem Fleisch betrug im ersten Vierteljahr rund 36 100 Tonnen, im zweiten Vierteljahr rund 24 200 Tonnen. Eine Steigerung des absoluten und relativen Verbrauchs ist nur in wenigen Industriestädten erzielt worden, in denen wohl große Arbeitslosennetze zur weiteren Ausbreitung des Gefrierfleischverbrauchs geführt hat.

Der Arbeitsmarkt in Niederschlesien.

Geringer Rückgang der Erwerbslosenziffern.

Die Berichtswache zeigt in der Verminderung der Zahl der Arbeitssuchenden auf 86 064 (Vorwoche 88 157) und der Erwerbslosenunterstützungs-Empfänger auf 53 728 (Vorwoche 55 271) bei gleichzeitigem Steigen der ungenutzten offenen Stellen von 4882 (Vorwoche 4544) in der Gesamtheit eine gewisse Besserung des niederschlesischen Arbeitsmarktes, trotzdem in verschiedenen Arbeitsnachweisbezirken über eine Verschlechterung geklagt wird. In der Stadt Breslau fiel die Zahl der Arbeitssuchenden von 45 046 der Vorwoche auf 43 686, die Zahl der Erwerbslosenunterstützungs-Empfänger von 24 058 auf 23 633.

In der Landwirtschaft ist immer noch rege Nachfrage nach Arbeitskräften für die Hadfruchtente und Drescharbeiten. Der Bedarf konnte unter anderem auch durch städtische Arbeitskräfte gedeckt werden. Ledige Ackerluischer, Burchen und Mädchen, sowie Deputatsfamilien fehlen. Landarbeiterfamilien ohne Hofgänger sind schwer unterzubringen. Der Bezirks-Arbeitsnachweis Breslau brachte einen größeren Teil Gärtner unter.

Der Landeshuter Bergbau braucht noch Hauer und Schlepper. Auch im Waldenburger Bezirk wurde die Vermittlung von Bergarbeitern fortgesetzt. Infolge Betriebsstilllegung hat eine Hütte (Zinkweißfabrik) in Ohlau vor wenigen Tagen die Belegschaft entlassen, wodurch 54 Arbeiter erwerbslos wurden.

Im Steinbruchgewerbe zeigt sich, wie aus Löwenberg und Lauban gemeldet wird, eine leise Verschlechterung. Die Zahl der arbeitssuchenden Glasarbeiter in der Oberlausitz, insbesondere der Industriegemeinde Penzig, ist in der Berichtswache zurückgegangen. Dieser Rückgang wird aber nicht lange anhalten, da eine Glashütte in wenigen Tagen 50 Glasmacher und Hilfsarbeiter entlassen wird. Hinzu kommt noch, daß eine Glasfabrik in Köfslitz den Betrieb wegen Umbau des Glasofens auf sechs Wochen stilllegt.

In der Metallindustrie ist die Lage nach wie vor sehr schlecht. Auch die wenigen Arbeitereinstellungen in einzelnen Betrieben verschiedener Arbeitsnachweis-Bezirke ändern daran kaum etwas.

In der Saganer Textilindustrie wurden 66 weibliche Erwerbslose eingestellt. Auch im Landeshuter Bezirk wurden Weber, Weberinnen und Färberinnen arbeitslos. Dagegen klagt der Arbeitsnachweis Grünberg über einige Entlassungen. Sonst sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten.

In der Görtitzer Kartonagenbranche kamen jugendliche Arbeiter rinnen unter. Auch in Breslau wurden mehrere Buchbindergesellen und Hilfsarbeiterinnen eingestellt.

Durch Beendigung von Weibenshalarbeiten wurden in der Stadt Briesg eine größere Anzahl Frauen und einige Männer arbeitslos. Dagegen ist die Wobslauer Steinzeugindustrie aufnahmefähig. Auch aus Piesnitz und Breslau liegen Meldungen über eine kleine Besserung im Holz- und Schnitzstoffgewerbe vor.

Ungünstig blieb die Arbeitsmarktlage im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Eine Zuckerfabrik im Kreise Neumarkt entließ infolge Betriebs Einschränkung 26 Stammarbeiter. Auch im Bekleidungsgerwebe ist eine wesentliche Besserung nicht eingetreten.

Das Glasgewerbe kann von dem im allgemeinen sehr ruhigen Baugewerbe gelagt werden.

Im Berufskontingierungsgewerbe erfolgten Einstellungen von Fach- und Hilfsarbeitern.

Die Nachfrage nach Auszubildenden in der Gast- und Schankwirtschaft war ruhig, dagegen wurden Haus- und Küchenmädchen verlangt.

Die Lage für häusliche Dienste war unverändert. Verlangt werden nur gut empfohlene Kräfte mit langjährigen Zeugnissen, während an jüngeren, ungeschulten Mädchen ein Überangebot besteht.

Ungelernte Arbeiter fanden als Erbauer zur Instandsetzung bei Hochwasserständen, bei Oberstrombauarbeiten, bei Bahnunterhaltungsarbeiten und sonstigen Tiefbau-Unternehmungen verschiedentlich Beschäftigung. Trotdem muß aber die Lage für ungelernete Arbeiter als noch sehr ungünstig bezeichnet werden.

In Piesnitz-Stadt hat sich die Zahl der arbeitssuchenden Kaufmannlichen Angestellten etwas vermindert, aber die Zahl der arbeitssuchenden Angestellten verhältnismäßig ist sowohl in Piesnitz, als auch überall anderwärts als trübsalig zu bezeichnen.

In allen Berufsgruppen blieb die Viehwirtschaft ungünstige Arbeitsmarktlage unverändert.

Schauspielhaus.

Edward Künneke: „Lady Hamilton“. Uraufführung.

Nun ist auch Lady Hamilton, eine derer, die es fertig brachten, von ihrem Dasein aus die Weltgeschichte des achtzehnten Jahrhunderts zu beeinflussen, über Roman und Leinwand auf die schillerndsten Bretter der Operettendüne gelangt. Dieser Ausflug wäre ihr gut bekommen, um in sich der preisgekrönten Fertigkeit zu ergehen. Richard Bars und Leopold Jacobson haben versucht, diese Frau in einem kleinen Auschnitt aus ihrem Leben zu zeigen und alles, was ihnen über sie bemerkenswert erschien, in dieser kurzen Zeitspanne unterzubringen. Wir begegnen dem Mann zuerst, als sie noch in der schmutzigen Hafenkneipe von Venedig den Matrosen den Kopf verdreht, leben sie aber bald als vornehme Kopfverdreherin. Sie hat sich zwar eben erst auf den ersten Blick in den spanischen Offizier Don Bartos verliebt. Da der sie aber durch eine an den Haaren herbeigezogene unglückliche Situation für eine feile Dirne halten muß und austritt, läßt sie sich von dem gerade anwesenden Sir Hamilton auflesen und an den Hof von Neapel schleppen, ja, sie läßt sich sogar von ihm heiraten, umal er nur — väterliche Gefühle für sie hat. An ihrem Hochzeitszuge wird Don Bartos als Kriegsgefangener Hamilton gefolgt, und Amy betriegt infolgedessen ihren väterlichen Mann in der Hochzeitsnacht mit — Kapitän Nelson. Sie kam zu ihm, um Bartos Freilassung zu erwirken, hat aber in der Nacht an diesen Hauptgrund ihres Besuches vergessen.

Abgesehen von diesem Durcheinander von Begebenheiten, die zum Teil der Motivierung entbehren und auf die näher eingegangen es sich nicht lohnt, haben sich die Librettisten nicht der Mühe entzogen, Mittelbeschreibungen und Charakterbilder zu geben, sondern sie ließen einfach schematische Operettentypen mit abgelesenen Mediensarten und Kalauern in die geeigneten Kostüme. Die Mittelgestalt vor allem ist völlig daneben geraten; da für die auf die kurze Spanne zusammengedrängten Vorfälle und gesellschaftlichen Höhenzüge die Vorbedingungen fehlen, lassen sich Charaktereigenschaften nicht erkennen.

Wenn trotzdem „Lady Hamilton“ allem Anschein nach der Saisonfolger wird, verdankt sie es dem Komponisten. Künneke hat sich bereits in mehreren Bühnenwerken als hoffnungsvolles Talent entpuppt und diesmal gehalten, was er früher versprochen. Wieder blieb er seiner Methode treu, die Operette zu dem zu machen, was sie eigentlich ist: zur übermühtigen Schwester der Oper. Er schreibt eine einnehmende, geschmackvolle Melodie, anspruchsvolle, doch langbare Solo- und Chorstücke, findet überaus reizvolle rhythmische Kombinationen und instrumenteller mit einwandfreien Mitteln. Nichts ist ihm verfallener als das Schlagzeugspiel des Jazz-Orchesters.

Franz Maxa ist jetzt nicht mehr als starke Begabung für sein Fach, von der wir noch manches zu erwarten haben. Die Ensemblebesetzung prächtig, auf der Bühne und im Orchester wirkte Marjalee befeuernd. Oberregisseur Oskar Lang schuf einen schönen Mittelrahmen, dekorativen Rahmen, hatte für die Belebung der Massenmengen und Dialoge reiches Ideenmaterial zur Verfügung und führte das tänzerische auf respektable Höhe. Als Lady stellte sich die neugierigere Amy Hiers vor, die als ein erquicklicher Geminn für unser Operettenhaus gelten darf. Ihre von Natur wohlgebildete, kräftige, gesangstüchtige und vorzüglich sehr kultivierte Stimme, das gewinnende Äußere, das starke Gefühl für das Dramatische sind vielversprechende Eigenschaften, die bei geeigneter weiterer Schulung in Kürze vollständig ausreifen können. Fräulein Ahlers ist außerdem eine technisch gut fundierte, graziöse Tänzerin. Den spanischen Offizier gab Günther Fischer frisch, verliebt und doch marant. Der Tenor wird immer ungeliebter. Eine lustig umherpringende, amütsige Range war die kleine Kitty Trude Keiters, ihr ausgesprochen überaus komischer Gegenspieler Ino Wimmer. Ernst Wendler spielte nicht recht in die nur repräsentative Rolle des Hamilton, für diesen Künstler müssen geeignete Aufgaben verfügbar sein. Mit der sehr undankbaren kleinen Sprecherrolle als liebesprüdender Kriegsheld Nelson wußte Erich Gottschalk leider nicht viel anzufangen. In kleineren Rollen und Chören recht am Ort: Rudolf Kurt, Edmund Pauch, Kurt Krippl. Für die hübsche Rolle der Mary Ann sollte man in einer so gut besetzten Aufführung doch eine geeignete Kraft auszuwählen. Der Chor hat durch seine gerundeten Gesangsleistungen wesentlich zum Gelingen beigetragen. Es machte ihm sichtlich Freude, sich endlich einmal an einem wertvolleren Chorlauf zu erproben. Auch im Spiel wurden die Intentionen des Regisseurs zu exakt befolgt, daß jeder seinen Platz behauptete. Mit einem Gesamteindruck mag sich das Orchester begnügen, das seine schöne Aufgabe mit Geschmeidigkeit löste.

Das wohlbelichtete Haus begrüßt Stück und Aufführung hübsch. Fast alle Duelle und Tänze mühten wiederholt werden. Die anwesenden Autoren, Künneke und Bars, mußten sich im Kreise der Leitenden und Mitwirkenden viele Male zeigen. Werner Sander.

Viktoria-Theater.

„Timotheus — geht daneben.“

Hennequin und Weber sind zwei gezeigte Stüdemacher, die ihr Handwerk verstehen. Sie wissen, wie und wo sie ihr Publikum zu packen haben, so daß es nicht zu verwundern ist, wenn die Ausgeglichenheit triumphiert. Es ist ein altes, bewährtes Mittel, einer fischen, lebhaften Frau, als Gespielerin einen kompletten Gimpel zu geben. Diese Rolle des Clowns ist nicht die undankbarste im Schwan. Sonst geht es im Grunde recht altmodisch im Stücke zu. Ein Diener ist da, der frühere Dienerrollen auf dem Theater spielte. Der soll durch Anspielungen auf Hennequins & Co. Kollegen Molliere und Gardeau dem Schwan etwas Selbständiges, Heberlegenes, geben. Das Gegenteil geschieht. Man ist nur um so nachdrücklicher davon überzeugt, daß Hennequin & Co. lustig im Fahrwasser ihrer großen Landsleute schwimmen. Sonst aber sind Wit und Humor lustig am Werk, sich die Herzen der Zuschauer zu gewinnen. Und der laute Erfolg bewies, wie gründlich sie es tun.

Die Hauptrolle aber ist Elfriede Merrens, die überlegen das hysterisch-lustige Weibchen spielt, das erst an der Treulosigkeit ihres Liebhabers die wahre Liebe zu ihrem Namen entdeckt. Sie ist köstlich in der Art, wie sie ihre Antreue darzutun, den Mann und die Polizei bestelt, damit sie amtlich erripiert werde. Ihr Parner Timotheus hat in Erich Müller eine famose Beziehung gefunden, während sich Otto Schumann des gemittelten Ehemannes mit viel Laff annimmt. Ferdinand Gränerer gibt mit geringen Ueberreibungen den theaterpielenden Diener. Als fahnenflüchtiger Liebhaber, der sich ein bißchen unermüdet allerdings, zum Schluß in die Arme der Braut seines Freundes rettet, hat Fritz Süßenbach nicht durchwegs Ueberzeugendes. — B. M.

Konzerte.

Orgelkonzert in der Jahrhunderthalle.

Es ist ein Wagnis, der großen Masse, für die die Orgelkonzerte in der Jahrhunderthalle doch bestimmt sind und die aus musikalischen Seiten besteht, ein zum größten Teile aus jüdischen Darbietungen der Orgel bestehendes Programm zu bieten. Denn einmal trägt der überwiegende Teil der Orgelliteratur polyphonem Charakter, und man kann nicht voraussetzen, daß dieser bei Uneingeweihten auf Verständnis köstet. Dann aber ist dem Organisten in viel geringerem Maße und nur viel mittelbarer als dem Spieler eines anderen Instrumentes möglich, den zum Vortrag gebrachten Werken eine durch keine persönliche Note beeinflusste Differenzierung angeben zu lassen, da ihm ja die Gelegenheit fehlt, durch Anschlag und unmittelbare Tongebung seinem Spiel den Stempel einer Eigenart aufzudrücken. So findet man, daß die Zuhörer die Macht des Klanges bewundern, interessiert aufhorchen, wenn ein aus der Reihe der anderen Regler sich laut hervorhebendes ertlingt, daß ihnen aber der eigentliche musikalische Gehalt der Werke verschlossen bleibt. Oberorganist Burkert, dem die Zeitung des letzten diesjährigen Konzertes zugetragen, indem er auch dem musikalisch nicht Geschulten verständliche Stücke wie Joh. Seb. Bachs „Chorphantasie“ zu Gehör brachte und zur Belebung der Vortragsfolge eine Sängerin verpflichtete.

hatte. Herr Burkert ließ bei der Wiedergabe der Werke die Register der Orgel mit gutem Geschmacl leuchten und zeigte überhaupt, daß er die Technik des Klavierinstrumentes vollkommen beherrscht. Elisabeth Böhm sang mit sympathischer Allstimme, die nicht ganz die richtigen Dimensionen der Halle füllte, zwei geistliche Gesänge von F. Schütz. Das Klangbild der Singstimme beeinträchtigte atypische Mängel des Raumes. In der am Schluß des Konzertes gespielten freien Improvisation führte der Organist alle Klänge des Instrumentes in schönen Kombinationen vor; die Improvisation klang in die braudenden Klänge eines Chorals aus. — 4.

Aus Schlesien.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.

Am 8. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses zu Breslau, Margaretenstraße 17, eine gemeinsame Tagung der sozialdemokratischen Lehrer aus den Bezirken Breslau, Liegnitz und Oppeln statt. Der Landtagsabgeordnete Genosse Oberschulrat König-Berlin wird über „Die Kulturpolitik in Preußen“ sprechen. Genosse Kieple-Görlitz wird über „Die Reichskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Deutschlands in Düsseldorf“ berichten. Am Abend des Tages findet in dem Lokal von Bräuer, Gablitzstraße, eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse König über „Die Reaktion in der Schule“ sprechen wird. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß Genosse König zu den führenden Schul- und Kulturpolitikern der sozialdemokratischen Fraktion gehört. Alle sozialdemokratischen Lehrer der drei schlesischen Regierungsbezirke werden gebeten, zu dieser Tagung recht zahlreich zu erscheinen.

Wie ein Bürgermeister seiner Schwiegermutter Kleinrentnerunterstützung besorgt!

Einer geradezu unglaublichen Handlungsweise des früheren 2. Bürgermeisters und jetzigen Ehrenbürgers von Glogau, namens Jahn, ist man jetzt auf die Spur gekommen. Als Dezernent des Wohlfahrtsamtes, das er bis zu seinem Abbau zu verwalten hatte, hat er es fertig gebracht, seiner Schwiegermutter den Gehalt der Kleinrentnerunterstützung zu verschaffen, trotzdem sie als Lehrerin eine Pension von monatlich 180 Mark erhält. Auch soll sie noch an 40 Mark den Monat von einer anderen Stadt als Beihilfe erhalten. Wie ja allgemein bekannt, muß jeder Kleinrentner einen Fragebogen ausfüllen, durch welchen ermittelt wird, was überhaupt für Einkommen der einzelne Antragsteller hat. Die genannte Antragstellerin hat eine Bescheinigung unterschrieben, daß sie keinerlei Einkommen hat. Auf Grund dieser Bescheinigung hat nun der Dezernent sodann die Unterstützung zu genehmigen, wie auch die Zahlungsanweisungen zu unterschreiben. In diesem Falle hat es der Schwiegermutter der Antragstellerin, der betreffende Beamte der Stadtverwaltung, prompt ausgeführt. Der Höhepunkt ist jedoch erreicht, wenn man weiß, daß der Herr Bürgermeister nicht weniger als 10 000 Mark Jahres Einkommen hat und jetzt als Rechtsanwalt und Notar doch auch noch einige 1000 Mark. Geradezu unerhört ist es, angehts der Tatsachen, daß dann noch seine Schwiegermutter Almosen des Wohlfahrtsamtes beantragt. Wir verargen keinem Menschen, daß er die ihm rechtlich zustehenden Renten zu beanspruchen hat, aber sich auf diese Art, Väter zu verschaffen, durch Betrug und Amtsverbrechen, übersteigt wohl alles Dagelegene. Das Wohlfahrtsamt zu Glogau ist auf diese Weise um einige 100 Mark betrogen worden. Nun hat so weit bekannt, die Stadtverwaltung angeordnet, daß diese einige 100 Mark betragende Summe umgehend an das Wohlfahrtsamt zurückzahlen ist.

Wir hoffen, daß die Staatsanwaltschaft umgehend die erforderlichen Schritte unternimmt und diesem uns als treudeutsch bekannten Bürgermeister die nötige Disziplin beibringt. So weit auch bekannt, wird sich die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion umgehend mit dem Vorfall befassen und die Strafverfolgung der Schuldigen beantragen.

Vertagung der Kommunalwahlen in Polnisch-Oberschlesien?

Die polnische Regierung soll — wie ober-schlesische Zeitungen mitteilen — beabsichtigen, die Kommunalwahlen für Polnisch-Oberschlesien auf einen unbestimmten Termin hinauszuschieben. Der Vorworte hat an sämtliche Gemeinden und für die Führer des Wahlvereins Anfragen gerichtet, um die Stimmung der Bevölkerung für die Wahlen zu erkunden. Das Ergebnis dieser Rückfragen ist noch nicht bekannt geworden.

Söwenberg. Entgleisung eines Güterwagens.

Auf dem Bahnhof Schmotzleifen entgleiste beim Rangieren ein Güterwagen und sperrte das Hauptgleis. Der Verkehr mußte für einige Stunden durch Umleitungen unterbrochen werden.

Liegnitz. Gefährlicher Sturz mit dem Rade. Bei einer Rad-Geschwindigkeit der Schupo, an welcher sich etwa zehn Schupoamate beteiligten, brach dem Wachtmeister Martin Hoyer die Gabel des Fahrradrades. H. stürzte und wurde schwer verletzt. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus überführt.

Kandau. Einbruch. In der Nacht von Freitag zu Sonnabend drangen Eindrehler in die im 1. Stad gelegene Wohnung des katholischen Geistlichen, durchwühlten alle Schübe und entwendeten daraus einen silbernen Kasten mit sechs silbernen Löffeln, sowie teilweise neue Leibwäsche. Auf ihrem weiteren Raubzuge durch die Zimmer durch einen Anruf gestört, flüchteten sie in das untere Stadwerk. Die hier befindlichen Schulablen trugen sie, um ungeörtet arbeiten zu können, in die im Hofe befindliche Waschküche. Hierbei entwendeten sie noch Bargeld im Werte von 10 Reichsmark und alte Münzen. Hierauf stiegen sie mit der Leiter in das Nachbargrundstück und durch das Fenster in die im Erdgeschoß gelegene Küche des Oberwachmeisters a. D. Scholz. Durch die Nachlässigkeit des Hundes wurden aber die Eindrehler an ihrem Vorhaben gehindert und ergriffen schließlich die Flucht. Der Umstand, daß die Diebe es verschmähten, zwei Räder mitgehen zu lassen, deutet darauf hin, daß es sich hier um Spezialisten handelt, die es besonders auf Wertgegenstände in Pfarrhäusern abgesehen haben.

Wauban. Wegen Ueberschreitung des Maßes angeklagt, was ein hiesiger Lehrer. Er hatte einem 12jährigen Mädchen, das nicht aufgepaßt haben soll, nach langer Ermahnung einen Schlag über die Schulter gegeben. Ein ärztliches Attest bezeugte einen größeren, blutigen Fleck. Beantwagt wurde vom Staatsanwaltschaftsar 20 Mark Geldstrafe. Das Görlitzer Schöffengericht verurteilte den Lehrer zu 10 Mark Geldstrafe.

Glogau. Neu eröffnet wurde am Donnerstag die neue Postautoverbindung Glogau-Pollwitz.

Neulitz. Eingemeindung. Die Dörfer Kuffer und Altschau sollen in nächster Zeit in Neulitz politisch eingemeindet werden.

Waldenburg. Ein tödlicher Grubenunfall ereignete sich am Freitag in der Mittagschicht auf dem Bismarckshald. Der Hauer Ernst Hefsgott aus Weiskopf wurde von plötzlich hereinbrechenden Gesteinsmassen plötzlich verschüttet. H. konnte nach anstrengender Bergungsarbeit nur als Leiche geborgen werden. H. ist 23 Jahre alt und ledig.

Görlitz. Ein Angestellter des Stadttheaters in Hamburg verhaftet. Seit einiger Zeit ist der Theatersekretär J. aus Görlitz verschwunden, es mußte die Wahrnehmung gemacht werden, daß dieser mehrere Tausend Mark voruntrent hatte. Der Defraudant wurde deshalb stebrüchlich verfolgt. Jetzt ist es der Hamburger Kriminalpolizei gelungen, den verschwundenen Theatersekretär zu erhalten. Am Tage vor dem plötzlichen Verschwinden des Sekretärs hatte sich der langjährige Theaterdiener B. mit Gas vergiftet. Ob dieser Selbstmord mit den Machenschaften des Theatersekretärs zusammenhängt, hat sich noch nicht nachweisen lassen.

Görlitz. Den Tod auf den Schienen suchte mit dem Kabe seines Meisters ernst und später sich in Hermsdorf vor dem beschleunigten Personenzug warf. In fürchtbar verblutetem Zustande wurde der junge Mensch aufgefunden, Kopf und Hände waren von Körper getrennt.

Ziegenhals. Selbstmord verübte hier ein am Zollamt I beschäftigter Obersekretär. Die Gründe zur Tat sind unbekannt.

Leisnig. Großfeuer infolge Brandstiftung. Vier große, der Herrschaft von Jzowa gehörige Getreideschuber sind Ende voriger Woche ein Raub der Flammen geworden. Mindestens 1200 Zentner Roggen und 3000 Zentner Stroh sind dadurch vernichtet worden. Als Entstehungsurache zu dem Brande liegt zweifellos Brandstiftung vor.

Beuthen. Erderstütterung. Gestern nacht 3 1/2 Uhr wurde hier eine von einem dumpfen Getöse begleitete Erderstütterung verspürt. Die Gegenstände in den Zimmern gerieten ins Schwanken. Die Einwohner, besonders des nördlichen Stadtteils, sahen erschrocken aus dem Schlafe. Es ist noch nicht festgestellt, ob es sich um ein Naturereignis handelt, oder ob die Erstütterung auf einen Grubenabbau zurückzuführen ist.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Dowig. Mittwoch, den 29. September, findet im Lokal von Bensch eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Referent: Bezirkssekretär Hanske-Breslau. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erforderlich. Ganz besonders sind die Frauen dazu eingeladen.

Deutsch-Bissa. Mittwoch, den 29. September, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Jolger eine wichtige Besprechung der Gesamtverantwortung aller Arbeitervereine aus Bissa und Umgebung statt. Die Ortsgruppenführer von Rathen, Goldschmieden und Stabelwitz werden ersucht, ebenfalls an dieser Besprechung teilzunehmen. Referent: Provinziallandtagsabgeordneter Maxe-Breslau. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Neumarkt. Stadtverordnetenversammlung. Nach verschiedenen Mitteilungen trat die Versammlung in die Tagesordnung ein und beschloß, die Ausbesserungsarbeiten am Simons-Hause; den erhöhten Beitrag zum Mittel-schlesischen Städtetage; die Verpachtung einer Wiesenparzelle; den Verkauf einer Waage (nachträglich); die Niedererschlagung der Baumwassergebühren für den Neubau des katholischen Gesellenhauses in Höhe von 15 Mark. — Zugestimmt wurde der Abänderung, daß jährlich vier unvermehrte Kassenprüfungen der Stadthauptkasse erfolgen und die monatlichen Prüfungen in Fortfall gelangen. — Als Beitrag zur Volkshilfe bewilligte die Versammlung 1000 Mark. Die Kasse soll am 1. November eröffnet werden. — Dem Verkauf eines städtischen Autos (800 M.) wird nachträglich zugestimmt. — Beschlossen wurde ferner: am Bahnhofseingang eine neue Straßenlampe anzubringen; der Anbringung von Warnungslampen nur zuzustimmen, wenn die Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft die Kosten trägt, dagegen aber die Kosten für eine Warnungslampe am „Gelben Löwen“ auf Antrag des Genossen K a m a r t h bewilligt. — Angenommen wurde die Erbschaft des verstorbenen Kunstmalers Schmiedchen (3000 Mark und 6 Bilder). — Genehmigung fanden die beantragten Instandsetzungsarbeiten im Katasteramt. — Um weiteren Ausbau des Gymnasiums soll beim zuständigen Ministerium Antrag gestellt werden. Stadt. Genosse Ostliche weist hierbei auf die weiter entstehenden laufenden Kosten hin und es würde bei derartig steigenden Ausgaben an die gewünschten Steuerherabsetzungen gar nicht zu denken sein. — Im Dringlichkeitsantrag fanden die Wahrschadenanmeldungen einiger Gutsbesitzer Ablehnung. — Der öffentlichen schloß sich eine geheime Sitzung an.

Neumarkt. S. V. D. Infolge Abhaltung eines Vergnügens des Arbeiter-Radfahrer-Vereins fällt der für Sonntag, den 3. Oktober, vorgesehene öffentliche Lichtbilderabend mit anschließender Mitgliederversammlung aus und dürfte wahrscheinlich acht Tage später (Sonnabend oder Sonntag) stattfinden. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

	vom 27. September.		
1 Pfund Sterling	20,342	100 fr. Francs	11,66
1 Dollar	4,193	100 holl. Kronen	12,415
100 holl. Gulden	168,00	100 Schweizer Francs	80,59
100 belg. Francs	11,23	100 Peletas	63,68
100 norw. Kronen	81,90	100 schwed. Kronen	112,11
100 Dänig. Gulden	81,40	100 000 ung. Kronen	5,67
100 Lire	15,50	100 öst. Schilling	59,24
100 dän. Kronen	111,33	100 Zloty	46,40

Reichsbund

der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Breslau.

Mittwoch, 29. September, abends 8 Uhr findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, eine

wicht. Mitgliederversammlung

statt, zu welcher mit dem Erscheinen aller Kameradinnen und Kameraden gerechnet wird.

Der Vorstand

15871 Praetel, Rogoll.

Druckerei Volkswacht

Kobenz, zweifarbige und farbige Anfertigung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit. Breslau 2, Furtstraße 4/6.

FLACH * GOLD
FESTE PACKUNG

SCHERIF

W. NESTL